

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Mindestlohn: In diesen Kantonen geht's vorwärts. Seite 3

**Renten-Minister
Alain Berset warnt:**

**«Es
steht
viel auf
dem
Spiel!»**



Das grosse Interview mit dem Innenminister • Wie sich die Grossmütter für zwei Ja zur Altersreform engagieren • Wer sich bei einem Nein die AHV-Milliarden unter den Nagel reisst.

Seiten 4, 5 und 11

Der grosse Diesel-Bschiss
IG Metall will radikal ausmisten. Seiten 6, 10

Frankreich vor heissem Herbst
Präsident Macron plant sozialen Staatsstreich. Das gibt Ärger! Seite 7

Schutz vor Schnüfflern
So retten Sie Ihre Privatsphäre. Der Ratgeber. Seiten 12-13

Böses Spiel mit Praktika



Ex-Praktikantinnen: Lorena und Larissa

Wie Firmen die Job-Träume von jungen Menschen ausnützen. Und wie sich die «Generation Praktikum» jetzt wehrt. Seite 9



workedito

Marie-Josée Kuhn

S ISCH ALL DA!

Die UBS will uns länger chrapfen lassen. Bis 67. Uns alle. Das verordnet sie in ihrer Broschüre «Altersvorsorge 2020 – Licht und Schatten». Vor allem die Schatten der Reform sind es, die den Finanzplatz interessieren. Deshalb lehnt die

Nichtstun kostet mehr. UBS die Rentenreform ab. Doch: Die UBS-Banker predigen Wasser und saufen Wein. Das belegt work-Redaktor Ralph

Hug (Seite 4). Was für uns das Beste sein soll, ist für sie nur die allerletzte Wahl: Mehr als die Hälfte aller Bankerinnen und Banker gehen zwischen 56 und 61 in Pension. Über 65 hinaus arbeiten gerade noch drei Prozent.

S RUMPELSTILZLI. In der heissen Phase der Abstimmungskampagne zur Rentenreform 2020 wird viel gesagt. Viel verschwiegen – und noch mehr verdreht. Bis fast zur Schlussabstimmung im Parlament hatte die harte Rechte einen Automatismus für die Erhöhung des Rentenalters verlangt. Auf mindestens 67, am Volk vorbei. Und der Arbeitgeberverband will diese Erhöhung schon seit Jahren. Neuerdings jedoch machen dieselben Figuren auf Gut-dass-niemand-weiss und behaupten frech, nicht sie wollten Rentenalter 67 um jeden Preis. Sondern die Rentenreform ziehe diese nach sich. So rumpelstilzelte es der Arbeitgeberverbandschef Valentin Vogt im «Sonntagsblick»: Wegen des 70-Franken-AHV-Zustupfs müssten «in weiteren Sanierungsschritten noch drastischere Massnahmen ergriffen werden. Rentenalter 67 lässt grüssen!»

Grüssen lassen derzeit auch die Reformgegnerinnen und -gegner von links. Jene Feministinnen, die für ein Nein weibeln, weil die Reform die Gratis-Care-Arbeit der Frauen ausser Acht lässt. Und weil wir immer noch keine Lohngleichheit haben. Sie wollen das Kind mit dem Bade ausschütten. So wie einige Anhänger der Volkspension. Sie sagen Nein, weil die Reform eine «Scheinreform» sei.

S MÜÜSLI. Warum dieses Pathos? Warum so plötzlich so viel jetzt oder nie? Die Rentenreform ist das höchste der Gefühle der derzeitigen politischen Machtverhältnisse. Ein Päckli. Und sie ist nötig. Ja, sie kostet. Doch Nichtstun kostet mehr. Der Plan B der Rechten ebenfalls. Zudem: Die Reform bringt 70 Franken mehr. Immerhin. Den ersten Ausbau der AHV seit 40 Jahren. Für den Abbau in der zweiten Säule gibt es einen Ausgleich. Immerhin. Die Reform erhöht zwar das Rentenalter der Frauen. Das ist ungerecht. Sie bringt aber auch wichtige Verbesserungen, gerade für die teilzeiterwerbstätige Frau (Details im Interview mit Rentenminister Alain Berset auf Seite 5). S isch all da, hät s Müüslis gsäit, wo s is Meer bislet hät.

Leandro Oliveira kündigte in der Probezeit Ganz frech: Chef will 1600 Franken von Stift

Die Roelli AG in Luzern verlangt von einem Lehrling viel Geld für Schulmaterial, Reisespesen und Schutzschuhe. Doch das darf sie nicht.

CHRISTIAN EGG

Schon nach zwei Wochen war für Leandro Oliveira klar: Die Lebensmittelgrosshändlerin Roelli AG in Luzern ist nicht der richtige Ort für seine Lehre als Logistiker. «Der Umgangston in der Firma ist sehr respektlos», berichtet der 16jährige.

GRUNDLOS SCHIKANIERT

Mehrmals hätten ihn ältere Kollegen als doof hingestellt, einmal sogar richtig schikaniert: Zusammen mit einem Kollegen war er im Lager damit beschäftigt, Gitterkörbe mit Gemüse zu beladen. «Zuerst sagte er mir, ich solle schneller arbeiten. Dann hat er ein halbes Dut-

zend Körbe auf den Boden geworfen. Ich musste es wieder aufräumen.»

Da teilte er seinem Chef mit, dass er die Lehre abbrechen wolle. Das ist sein gutes Recht: Im Lehrvertrag hat er mit den Betrieb eine Probezeit abgemacht. In den ersten drei Monaten dürfen beide Seiten den Vertrag innert sieben Tagen auflösen.

Doch jetzt stellt sich die Firma quer und verlangt Geld von Leandro Oliveira: 1622 Franken für «aufgelaufene Kosten» wie Sicherheitsschuhe, Schulbücher, Halbtaxabo und die Anmeldung an einen Fachkurs. Das ist viel Geld für einen Lehrling mit 700 Franken Monatslohn.

Oliveira nimmt mit der Unia Kontakt auf. Zusammen mit Carlos Santos von der Unia Zentralschweiz wehrt er sich gegen die freche Forderung der Firma. Denn der Lehrvertrag hält eindeutig fest: Für Schutzschuhe, Reisespesen zur Berufsschule und Schulmaterial kommt der Lehrbetrieb auf.

MONATSLOHN: ZEHN FRANKEN

Bis Redaktionsschluss hat Oliveira noch nicht einmal eine Lohnabrechnung bekommen. Mündlich hat ihm der Chef aber mitgeteilt, dass er ihm einen Teil des geforderten Geldes vom

Der Lehrvertrag ist eindeutig: Die Firma übernimmt die Kosten.

Lohn abziehen werde: «Er sagte, ich werde wohl nur 10 oder 15 Franken bekommen. Das heisst, ich hätte fast die ganze Zeit gratis gearbeitet.»

Philip Thomas, Leiter der Unia-Rechtsberatung, stellt klar: Während der Probezeit darf man den Lehrvertrag kündigen. «Die Firma darf den Lehrling nicht dafür bestrafen, indem sie die Kosten auf ihn überwälzt.» Abgesehen davon muss für Schutzschuhe ohnehin der Arbeitgeber aufkommen.

Die Roelli AG nahm gegenüber work keine Stellung. Stattdessen schickt sie Oliveira die Kündigung nach Hause. An ihrer Forderung hält sie fest. Jetzt kommt es zum Schlichtungsverfahren vor der kantonalen Behörde. Die Unia unterstützt Leandro Oliveira dabei.

FÜR DUMM VERKAUFT: Weil man ihn respektlos behandelte, hat Oliveira seine Lehrstelle gekündigt. Jetzt will ihn die Firma dafür bestrafen.

FOTO: FABIAN BIASIO



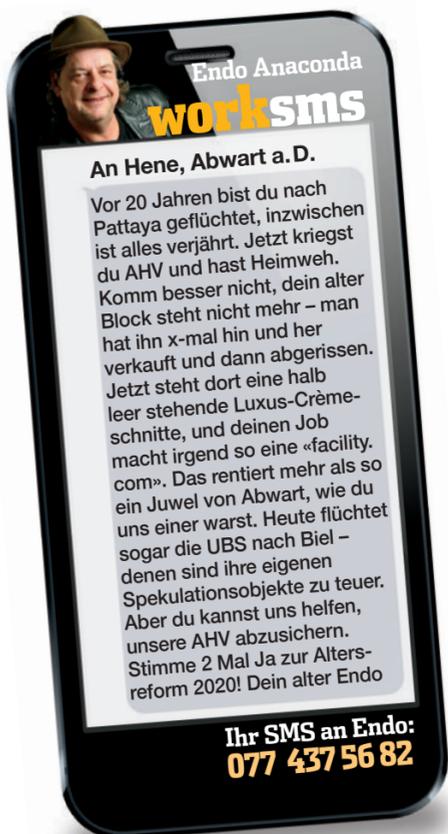
Lehre: Deine Rechte, erklärt von A bis Z

Einen Lehrvertrag dürfen während der Probezeit beide Seiten innert sieben Tagen kündigen. Nach der Probezeit ist eine Kündigung nur noch bei schweren Verfehlungen möglich, etwa



bei Diebstahl, sexueller Belästigung oder Ausnützung durch den Arbeitgeber. Nachzulesen ist dies im Ratgeber «Ich kenne meine Rechte» vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. In verständlicher Sprache erklärt er die Bestimmungen des Lehrlings- und Jugendrechts, von A wie Absenzen bis Z wie Zwischenprüfungen.

Gratis-Download: www.gewerkschaftsjugend.ch/lehrlingsrechte



Monster-Ladenöffnungszeiten in der Waadt gestoppt Rote Karte für Migros und Coop

Erfolg fürs Verkaufspersonal im Kanton Waadt: Coop und Migros müssen die geplanten Monster-Ladenöffnungszeiten wieder zurücknehmen.

CHRISTIAN EGG

Verkäuferinnen und Verkäufer im Kanton Waadt haben nichts zu lachen. Schichten von zwölf Stunden und mehr sind für sie keine Seltenheit. Grund sind die langen Öffnungszeiten der Shoppingcenter. Beispiel Migros in Crissier bei Lausanne: Sie ist täglich bis 19.30 geöffnet, am Freitag sogar bis 21 Uhr. Identische Öffnungszeiten hat das «Léman Centre» von Coop ganz in der Nähe.

Doch den beiden Detailhandels-giganten war das noch nicht genug. Geplant war, die Zentren bis 20 Uhr offen zu halten, donnerstags und freitags sogar bis 21 Uhr – dem von der Gemeinde Crissier erlaubten Maximum. Migros wollte noch in fünf weiteren Zentren im



Kanton das gesetzliche Maximum voll ausschöpfen.

Das ist jetzt vom Tisch, zumindest vorerst. Unterstützt von der Unia, haben sich die Angestellten erfolgreich dagegen gewehrt, noch weiter ausgequetscht zu werden. Coop gab vor Wochenfrist bekannt, die Pläne auf Eis zu legen. Drei Tage später zog Migros nach.

«VERGESSLICH». Die Grossverteiler hatten in ihrem Eifer «vergessen», sich ans Arbeitsgesetz zu halten. Dieses sagt klar: Bei der Organisation der Arbeitszeit hat die Belegschaft ein

Mitspracherecht. Doch die beiden Firmen wollten die Ausweitung ohne Mitsprache durchdrücken. Bei Coop habe es nur eine «Informationsveranstaltung» gegeben, so ein Angestellter zur Zeitung «24 heures». Die Meinung der Betroffenen war nicht gefragt.

Migros gibt zwar an, die Personalkommission konsultiert zu haben. Doch Unia-Frau Sandrine Maeder hält fest: «Von den Angestellten, mit denen

«Niemand wurde um seine Meinung gefragt.»

UNIA-FRAU SANDRINE MAEDER

wir gesprochen haben, wurde niemand um seine Meinung gefragt.»

Die Unia hat jetzt den Kanton eingeschaltet. Derweil sind die Grossverteiler nun endlich daran, ihr Personal zu befragen. Wie es danach weitergeht, ist offen.

Dank Bundesgericht: Neuenburg & Co. auf Kurs 20 Stutz! Mindestlöhne trotz Chefgestöhne



NEUENBURGER SPEZIALITÄTEN: Der Neuenburgersee (im Hintergrund die Alpen) und der erste kantonale Mindestlohn. FOTOS: KEYSTONE (2); MONTAGE: WORK/TNT GRAPHICS

Als erster Kanton hat Neuenburg einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Auch im Jura und im Tessin soll es jetzt vorwärtsgehen.

PATRICIA D'INCAU

Plötzlich ging alles sehr schnell: Ab sofort darf es im Kanton Neuenburg keinen Stundenlohn mehr unter 20 Franken geben. Oder bei einer Vollzeitstelle keinen Monatslohn unter 3600 Franken. Und dies, weniger als vier Wochen nachdem das Bundesgericht grünes Licht dafür gegeben hat (work berichtete). Damit ist Neuenburg der erste Kanton mit einem gesetzlichen Mindestlohn.

ARBEITGEBER TRÖTZELTEN

Bis es so weit war, hat es allerdings gedauert: Schon 2011 hatten die Neuenburger Stimmberechtigten einem gesetzlichen Mindestlohn zugestimmt. Als sich das Kantonsparlament drei Jahre später über seine Höhe einigen konnte, probten mehrere Unternehmerverbände den Aufstand. Sie zogen bis vor Bundesgericht. Ihr Argument: Der Mindestlohn sei eine wirtschaftspolitische Massnahme und liege nicht in der Kompetenz der Kantone. Ausserdem würde damit das Gebot der Wirtschaftsfreiheit verletzt.

Die Richter in Lausanne sahen das anders. Am 4. August hielt das

Bundesgericht fest: Wer Vollzeit arbeitet, soll einen Lohn erhalten, der zum Leben reicht. Mit einem Stundenlohn von weniger als 20 Franken sei das nicht gegeben. So müssen besonders prekär Beschäftigte – trotz Vollzeitstelle – oftmals Sozialhilfe beziehen.

Deshalb kam das Bundesgericht zum Schluss: Der Neuenburger Mindestlohn ist kein wirtschaftspolitisches Mittel, sondern eines gegen Armut und für ein würdiges Leben.

OHNE DIE LANDWIRTSCHAFT

Mit diesem Entscheid haben die Patrons nun definitiv verloren. Zum Glück für die bis zu 3000 Beschäftigten in Neuenburg, die vom neuen Mindestlohn profitieren. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Sie bekommen ab sofort mehr Lohn. Doch wer sind sie? Etwa Beschäftigte in der privaten Pflege, in der Kosmetikbranche, in Fitnessstudios und nicht-qualifizierte Coiffeurangestellte, sagt die Unia-Regiochefin Catherine Laubscher: «Für diese Leute sind 100 bis 300 Franken mehr Lohn im Monat viel Geld.»

Für einige genug, um nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Das freut Laubscher besonders. Sie sagt: «Mit den bisherigen Tiefelöhnen haben die Unternehmen nicht nur auf Kosten der Angestellten Profit gemacht, sondern auf Kosten aller. Der Staat musste für den fehlenden Lohn mit Sozialhilfe in die Bresche springen. Der Bundesgerichtsentscheid stellt jetzt klar: Das geht nicht.»

Trotz allem ist das Neuenburger Mindestlohngesetz ein Sieg mit Abstrichen. Denn das Gesetz schliesst Landwirtschaft und Weinbau aus.

«Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.»

CATHERINE LAUBSCHER,
UNIA-REGIOCHEFIN NEUENBURG

Zwei Branchen, in denen die Löhne besonders prekär sind. Ausserdem hatten die Gewerkschaften einen Stundenlohn von 22 Franken gefordert. Jetzt sind es nur 20 Franken. Unia-Frau Laubscher: «Die Revolution ist es nicht. Aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.»

TESSINER MACHEN DAMPF

Währenddessen warten der Jura und das Tessin weiter auf den Mindestlohn. Auch dort haben die Stimmberechtigten 2013 und 2015 entsprechende Initiativen angenommen.

Im Jura hat die Wirtschaftskommission diesen Sommer die Umsetzung zuhauenden des Parlaments ausgearbeitet. Unia-Regiochef Pierluigi Fedele erklärt: «Die Kommission ging branchenweise vor und legte zum Teil sehr tiefe Löhne von nur 3000 Franken fest.» Für Fedele ist das klar zu wenig. Deshalb kommt der Bundesgerichtsentscheid für ihn gerade rechtzeitig. Fedele: «Wir wollen im Jura mindestens so viel wie die Neuenburger!»

Vorwärtsgehen soll es jetzt auch im Tessin. Und zwar schnell, fordert Regiochef Enrico Borelli: «Die Lohn-

situation im Tessin ist dramatisch.» Bis zu 12000 Beschäftigte würden dort laut Borelli von einem gesetzlichen Mindestlohn profitieren, sollte er so hoch sein wie in Neuenburg. Vorwiegend in der Industrie und in Dienstleistungsberufen wie dem Detailhandel und der Gastronomie.

Einfach wird es in der Sonnenstube der Schweiz aber nicht. Denn anders als in Neuenburg soll das neue Gesetz nicht für alle gelten. Sondern nur für jene Beschäftigten, die keinem Normal- oder Gesamtarbeitsvertrag unterstehen. Das heisst: Für Angestellte im Verkauf, deren Stundenlohn heute im Minimum 17 Franken 30 beträgt, wird sich die Situation mit dem Mindestlohngesetz nicht sofort bessern. Sondern erst dann, wenn die geltenden Verträge angepasst werden.

Noch muss aber geklärt werden, wie hoch der Tessiner Mindestlohn überhaupt sein soll. Klar ist für Unia-Gewerkschafter Borelli aber bereits jetzt: «Unter 21 Franken geht es nicht.» Unia und Grüne haben den Tessiner Politikern deshalb bereits signalisiert: Wird ein tieferer Ansatz beschlossen, kommt es zum Referendum oder einer neuen Initiative.

Eines lässt Gewerkschafter Borelli währenddessen kalt: die Drohungen der Unternehmen. So hat etwa die Luxusmarke Gucci, die ihre Ware in Mendrisio nähen lässt, bereits ihren Wegzug angekündigt, sollte der Mindestlohn kommen. «Sollen sie doch gehen», sagt Borelli: «Wir wollen zwar Jobs. Aber nicht solche, die Armut schaffen.»

Manor streicht ...und schweigt

BASEL. Die schlechten Nachrichten für Manor reissen nicht ab: Jeder fünfte Angestellte am Hauptsitz in Basel soll nun entlassen werden. Insgesamt will der Warenhauskonzern 200 Stellen streichen. Als Begründung gibt Manor den Umbruch im Markt und eine nötige Neuausrichtung an. Dies ist bereits die dritte Entlassungswelle bei Manor. Laut «Sonntagsblick» soll der Betriebsgewinn 2016 auf unter 1 Prozent gefallen sein. Der Konzern hüllt sich in Schweigen: Der neue CEO Stéphane Maquaire will nicht einmal mehr Umsatzzahlen bekanntgeben. Die Unia fordert dagegen Transparenz über die Zukunft des Unternehmens. Unia-Detailhandelschefin Natalie Imboden: «Die Warenhauskette restructuriert sich auf dem Rücken der Angestellten. Aber die Logik, mit Personalabbau die Digitalisierung zu erkaufen, wird nicht aufgehen.» Die Unia fordert eine soziale Digitalisierung mit gut qualifiziertem Personal.

Elvetino: GAV im Trockenen

BERN. Immerhin: Der ausgehandelte Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Angestellten von Elvetino bleibt bestehen. Nach der Freistellung von Geschäftsführer Wolfgang Winter hatten die Unia und die Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) negative Folgen für die Mitarbeitenden befürchtet. Nun ist klar: Der überarbeitete GAV tritt wie geplant auf 1. Januar 2018 in Kraft. Regula Pauli vom SEV:



MINIBAR: Zukunft ungewiss. FOTO: KEY

«Verwaltungsratspräsidentin Jeannine Pilloud hat uns persönlich zugesichert, dass er in der ausgehandelten Form unterschrieben werde.» Die Unsicherheit betreffend der Jobs und der Zukunft der Minibars hingegen bleibt. Pauli: «Wir erwarten von der neuen Führung, dass sie allen Minibar-Mitarbeitenden eine faire Chance auf eine Anstellung in einer anderen Funktion gibt.»

Novartis: Beruhigungspillen vor dem Kahlschlag

BASEL. Über 1000 Mitarbeitende von Novartis fordern in einer Petition, dass der Pharmakonzern auf Entlassungen verzichte. Novartis hatte den Abbau von 500 Stellen angekündigt. Thomas Leuzinger von der Unia Nordwestschweiz findet es besonders stossend, dass Novartis vor einigen Wochen noch vollmundig angekündigt hatte, 350 neue Stellen schaffen zu wollen. Leuzinger: «Wir befürchten, dass diese Ankündigung nur zur Beruhigung der Betroffenen gemacht wurde.» Die Unia hat Novartis aufgefordert, unverzüglich Transparenz in Bezug auf die geplanten neuen Stellen zu schaffen.

4000-Franken-Marke: Immer mehr Firmen knacken sie

Seit Jahren fordern die Gewerkschaften Mindestlöhne von 4000 Franken. Das wirkt.

«Keine Monatslöhne unter 4000 Franken – kein Stundenlohn unter 22 Franken.» Mit dieser Forderung reichte der Schweizerische Gewerkschaftsbund vor fünf Jahren eine Volksinitiative ein.

Die Abstimmung ging zwar verloren. Die rechten Parteien und die Wirtschaftsverbände malten für ein Ja

einmal mehr den Untergang der Schweiz an die Wand. Doch die magische Marke war gesetzt. Firmen, die ihre soziale Verantwortung betonen wollten, zogen nach. So etwa die Kleiderkette H&M schon wenige Monate nach der Abstimmung.

DRUCK. Detailhändler wie Coop und Migros hatten damals Mindestlöhne um die 3800 Franken. Zwar erfüllten sie auf dem Papier die Forderung der Initiative, da sie 13

Monatslöhne auszahlen und nicht 12. Dennoch konnten die Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen Druck

«Die Zahl 4000 hat geholfen, Mindestlöhne anzuheben.»

NATALIE IMBODEN,
UNIA-DETAILHANDELSCHEFIN

machen und die Löhne Schritt für Schritt erhöhen. Für Natalie Imboden, Chefin Detailhandel bei der Unia, ist der Fall klar: «Die Zahl von

4000 Franken hat enorm geholfen, die Mindestlöhne anzuheben.»

Auch andere Betriebe und Branchen knacken die 4000er-Marke: Die SBB-Tochter Elvetino wird den Mindestlohn für Einsteigerinnen und Einsteiger schrittweise erhöhen, auf 4000 Franken im Jahr 2022 (work berichtete). Das Gastronomieunternehmen SV Group zahlt Mitarbeitenden mit dreijähriger Lehre seit diesem Jahr 4200 Franken Monatslohn.



MAGISCHE GRENZE: 4000 Franken als Richtwert. FOTO: KEY

Und für alle Coiffeusen mit drei Jahren Lehre und fünf Jahren Erfahrung im Beruf gibt's jetzt auch 4000 Franken. (che)



EIN JA AUS SOLIDARITÄT: Zugunsten aller Frauen, die viel Betreuungs- und Familienarbeit leisten. FOTO: DANIEL RIHS

Alt-Nationalrätin Barbara Gurtner und Ex-Gleichstellungschefin Marie-Louise Barben Grosi-Power für die AHV

Viele Frauen tun sich schwer mit der Rentenreform. So erging es auch den Feministinnen Barbara Gurtner und Marie-Louise Barben. Aber nur am Anfang.

SABINE REBER

Grossmütter-Revolution? Barbara Gurtner (73) und Marie-Louise Barben (79) sind Mitbegründerinnen des Think-Tanks «für die Frauen der heutigen Grossmütter-Generation», den es seit gut fünf Jahren gibt. Eine Art Denkfabrik, die sich für alterspolitische Anliegen einsetzt. Barbara Gurtner ist vierfache Grossmutter und ehemalige Nationalrätin, Marie-Louise Barben zweifache Grossmama und ehemalige Gleichstellungschefin. Und beide gehen sie für ein Ja zur Altersreform 2020 auf die Strasse (siehe Kasten).

Noch vor einigen Monaten hätten sie sich das nicht vorstellen können. Gurtner erklärt das so: «Eine Rentenerhöhung für die Frauen auf 65 ohne Lohnungleichheit, das geht grundsätzlich gar nicht!» So dachte die Politikerin anfangs über die Rentenreform. Inzwischen hat sie ihre Meinung geändert: «Im Laufe der Kampagne bin ich zum Schluss gekommen, dass wir diese Abstimmung unbedingt gewinnen müssen. Wenn ich alle Vor- und Nachteile für die Frauen anschau, dann kann ich jetzt Ja sagen, ohne mich zu verbiegen.»

CARE-ARBEIT NICHT ERFASST

Ähnlich sieht das Marie-Louise Barben: «Wir von der Grossmütter-Re-

volution vermissen, dass die unbezahlte – und hauptsächlich von Frauen geleistete Care-Arbeit – in keiner Weise rentenbildend ist. Frauen leisten Betreuungsarbeit in Milliardenhöhe. Diese erscheint in keinem Budget und wird bis heute nirgends abgegolten.» Trotzdem wird Barben am 24. September Ja stimmen, «aus Solidarität mit allen Frauen, die oft nur kleine Renten erarbeiten können, weil sie viel Betreuungs- und Familienarbeit übernehmen». Für diese bedeute die Revision eine deutliche Verbesserung. Da sind einmal die 70 Franken

DEMO

Auf nach Bern!

Unter dem Motto: «Das Alter ist uns teuer!» ruft die Grossmütter-Revolution zu einer Demo in Bern auf. Alt und jung sind eingeladen, einen bunten Hut aufzusetzen und für ein gutes Leben im Alter zu demonstrieren. **Wann: 2. September, 14–16 Uhr**
Wo: Waisenhausplatz, Bern

mehr AHV. Und da sind die Verbesserungen für Teilzeitangestellte. Diese kämen hauptsächlich den Frauen zugute, sagt Gurtner, sowie Männern, die sich um die Kinderbetreuung kümmern. Gurtner und Barbens Argumente tönen politisch sehr pragmatisch. Wie verträgt sich das mit der Revolution?

Als Gleichstellungsbeauftragte habe sie lernen müssen, dass sich die Forderungen der Feministinnen oft

nicht direkt in die Verwaltungssprache übersetzen liessen, erklärt Barben: «Wir sind pragmatisch und erfahren genug, so dass wir sicher nicht zum Absturz der Vorlage beitragen werden.» Denn das wäre fatal, sagt Gurtner: «Es wird keine nächste AHV-Revision geben, bei der wir das tiefere Frauenrentenalter beibehalten können. Bei einem Nein werden die Bürgerlichen das Rentenalter für alle massiv erhöhen und den Abbau der AHV vorantreiben. Das ist schlicht eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, die derzeit nicht zu unseren Gunsten liegen. Da müssen wir uns gar keine Illusionen machen.»

GEGNER MACHEN HÄSSIG

Die Kampagne der Reformgegner, die so tue, als müssten die Jungen für die Alten zahlen, macht Gurtner richtig hässig: «Wir wollen nicht mehr hören, dass wir angeblich den Jungen zur Last fallen. Wir haben unser Leben lang Steuern, AHV-Beiträge und Versicherungen bezahlt. Wir haben gearbeitet und Kinder grossgezogen und tragen noch heute viel ehrenamtliche Arbeit für die Gesellschaft bei.» Überhaupt müsse mehr über den Begriff der «Last» nachgedacht werden, sinniert Barben: «Im Kanton Bern heissen die Sparmassnahmen neuerdings «Entlastungspaket», dabei wird hauptsächlich bei Spitex und Heimen gekürzt. Das trifft in aller Härte die alten Menschen sowie die Angehörigen, die sie gratis betreuen. Also wer, bitte, wird denn da entlastet?»

Renten-Abstimmung vom «Es ist eine

Warum Bundesrat und Leichtathlet Alain Berset davor warnt, Altersvorsorge und Lohndiskriminierung der Frauen gegeneinander auszuspielen – und ums Verroden nichts über die Bundesratsersatzwahl sagen will.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Alain Berset, nur 53 Prozent wollen Ihrer Rentenreform zustimmen. Das hat zumindest die erste SRF-Trendumfrage ergeben. Was macht ein Leichtathlet wie Sie, wenn er kurz vor dem Ziel merkt, dass es knapp werden könnte?

Alain Berset: Er gibt Gas. Ein Marathon hat bekanntlich 42 Kilometer. Ich werde in den kommenden Wochen sicher noch viel mehr als 42 Mal die Rentenreform erklären müssen. Aber das ist für mich eine Herzensangelegenheit...

...die Krönung Ihrer Zeit als Bundesrat?

Oh, merci bien, aber ich möchte noch ein bisschen bleiben! Was ich meine, ist: es gibt noch viel Aufklärungsarbeit zu machen. Wir haben im Parlament hart gerungen, bis wir diesen Kompromiss zustande brachten. Unser Ziel war nämlich eine faire Reform für alle Schichten. Und das haben wir erreicht. Klar ist nicht für alle jeder einzelne Punkt dieser Vorlage perfekt, aber die Vorlage als Ganzes ist gut. Das Rentenniveau bleibt erhalten. Und die AHV ist für längere Zeit gesichert und die berufliche Vorsorge stabilisiert.

Bis wann genau?

Mit der Reform bis über 2030 hinaus. Das ist lange, denn es gibt keine Reform für die Ewigkeit. Die Gesellschaft verändert sich. Und eine gute Altersvorsorge muss sich immer wieder den neuen Realitäten anpassen. Heute haben wir viel mehr Teilzeitarbeitende, in sehr vielen Familien sind beide Elternteile erwerbstätig, ein Lohn genügt häufig nicht mehr fürs Leben. Wir haben auch viele Leute, die mehrere Jobs haben. All diesen Veränderungen trägt die Reform Altersvorsorge 2020 Rechnung.

Und sie garantiert auch, dass über 58jährige, die ihre Stellen verlieren, nicht auch noch ihre Pensionskasse verlieren. Heute scheidet man aus der Pensionskasse aus, wenn man arbeitslos wird. Mit der Reform können die Leute in der Pensionskasse bleiben und von ihr später eine Rente erhalten – selbst wenn sie bis zur Pensionierung keine Beiträge mehr bezahlen können.

Eine Mehrheit auf dem Lande lehnt die Reform offenbar ab. Wie wollen Sie die umstimmen?

Sie sprechen wohl die Bäuerinnen und Bauern an. Viele leben im Alter einzig von der AHV, sie haben keine zweite Säule. Sie haben deshalb alles Interesse an einer stabilen und soliden AHV. Gerade sie können die 70 Franken mehr AHV, die die Reform bringt, gut gebrauchen. Für Ehepaare kann die Verbesserung sogar maximal 226 Franken betragen. Also sollten sie am 24. September eigentlich Ja sagen. Das gilt übrigens auch für alle anderen Personen, die keine Pensionskasse haben – unter ihnen eine halbe Million Frauen in der Schweiz.

Altersvorsorge 2020: Darum geht's

- Das Frauenrentenalter wird schrittweise von 64 auf 65 Jahre erhöht.
- Der sogenannte Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge sinkt von 6,8 auf 6 Prozent. Die daraus entstehenden Renteneinbussen werden mit Kompensationsmassnahmen ausgeglichen. Für alle Versicherten bis Jahrgang 1972 ist der Besitzstand garantiert.
- Die AHV-Neurenten werden um 70 Franken pro Monat erhöht. Der Plafonds der Ehepaarrenten steigt von 150 auf 155 Prozent. Finanziert wird dies durch eine Erhöhung der Lohnprozent um 0,3 Prozent (Arbeitnehmer 0,15 Prozent, Arbeitgeber 0,15 Prozent). Die AHV wird durch eine Zusatzfinanzierung stabilisiert. Die Mehrwertsteuer steigt 2021 von 8 Prozent auf 8,3 Prozent.

Die heutigen Pensionierten erhalten diese 70 Franken nicht, müssen aber trotzdem an die Reform zahlen. Ist das nicht ungerecht?

Nein, denn das hat seinen Grund: Die heutigen Pensionierten sind gar nicht von der Senkung des BVG-Umwandlungssatzes betroffen, denn die Reform vorsieht. Die Pensionierten bezahlen übrigens auch gar nichts an die 70 Franken, denn die werden von den Erwerbstätigen über leicht höhere Lohnabzüge von je 0,15 Prozent für Arbeitgebende und Arbeitnehmende finanziert. Die Pensionierten tragen nur die kleine Erhöhung der Mehrwertsteuer mit. Dafür bringt die Reform auch ihnen sehr viel, nämlich die Sicherheit, dass ihre Renten gesichert sind.

Laut SRF-Umfrage ist das überzeugendste Argument der Gegner, dass die Reform nach dem Gieskannenprinzip funktioniert. Dass also auch Leute von den 70 Franken mehr profitieren, die nicht darauf angewiesen sind. Was sagen Sie dazu?

UBS & Co. predigen Wasser und trinken Wein Rente 67? Aber nicht für Banker!

Die Banken wollen Rentenalter 67. Nur bei sich selber nicht.

RALPH HUG

In ihrer letzten Anti-AHV-Polemik mit dem Titel «Altersvorsorge 2020 – Licht und Schatten» beschwört die UBS einmal mehr den drohenden Kollaps der AHV. Und fördert als Lösung ein höheres Rentenalter. Vergisst die Grossbank dabei die eigene Branche? Kaum ein Banker arbeitet heute noch bis 65. Im Gegenteil: Die Mehrheit sagt mit 61 «tschüss» und verabschiedet sich aus dem Job. Oder genauer gesagt: 20 Prozent der Bankangestellten gehen mit 56–58 in Rente, 33 Prozent mit 59–61 und 41 Prozent mit

62–65 Jahren. Gerade mal 3 Prozent bleiben übers ordentliche AHV-Alter hinaus erwerbstätig.

Wasser predigen und selber Wein trinken: So mutet es an, wenn die UBS Rentenalter 67 propagiert. Dass Banker massenhaft frühpensioniert werden, ist allerdings kein

Die Mehrheit aller Bankerinnen und Banker geht vor 62 in Pension.

Zufall. Die Finanzinstitute haben viel Geld in Modelle gesteckt, um teure ältere Mitarbeitende rechtzeitig los zu werden. Viele gehen gar nicht freiwillig, sondern werden geschickt, versüsst mit Abfin-

dungslösungen. AHV-Alter 67 wäre für Ermotti & Co. eine Horrorvorstellung, müssten sie es im eigenen Konzern umsetzen.

GESCHÄFTEMACHEREI

Rentenspezialistin Doris Bianchi vom Gewerkschaftsbund sagt: «Eine solide AHV und stabile Pensionskassen liegen nicht im Interesse von Banken und Versicherungen.» Die Aussicht ist für Geldmanager verlockend, der Bevölkerung noch zwei Jahre länger teure und riskante Vorsorgeprodukte mit 75 Prozent Aktienanteil andrehen zu können. Solche Geschäftemacherei hat System: Die Banken waren schon 1947 gegen die AHV, als diese eingeführt wurde.

24. September: AHV-Minister Alain Berset gibt Gas Herzensangelegenheit»



MANN DER KLEINEN SCHRITTE, ABER MIT AUSDAUER: Innenminister Alain Berset kämpft für einen Kompromiss, der unsere Renten bis 2030 sichern soll. FOTOS: NICOLAS BRODARD

Das ist ja das Grossartige an unserer AHV, dass sie eine Versicherung für alle ist. Alle bezahlen ein, alle bekommen eine Rente. Denken Sie wirklich, die Reichen würden in die AHV einzahlen, wenn sie keine Renten erhielten? Einer der Väter der AHV, der Sozialdemokrat Hans-Peter Tschudi, hat es so formuliert: «Die Reichen brau-

Wir können doch nicht auf zig Verbesserungen für die Frauen verzichten, nur weil wir noch keine Lohngleichheit haben!

chen keine AHV, aber die AHV braucht die Reichen.» Wer viel verdient, zahlt mehr ein, als er später zurückbekommt. Dieses Solidaritätsprinzip ist zentral. Das Versicherungsprinzip ebenfalls: Ein Recht auf eine Rente zu haben ist etwas völlig anderes, als um Almosen betteln zu müssen. Das war früher mal. Dahin zurück wollen wir nie mehr. Wer die AHV als Sozialversicherung für alle in Frage stellt, stellt ihr Fundament in Frage.

Was passiert bei einem Nein am 24. September?

Der AHV-Fonds wird sich fortlaufend leeren. Denn jetzt geht die Babyboomer-Generation in Rente. Und wenn dann in ein paar Jahren eine alternative Reform auf dem Tisch liegt, werden die Jüngeren nicht nur ihre Beiträge bezahlt haben, sondern auch noch das inzwischen entstandene Milliardenloch stopfen müssen. Zudem wird die für die Aktiven äusserst

unfaire Umverteilung in der zweiten Säule einfach weitergehen. Und all die nötigen Anpassungen an die heutigen Lebensrealitäten der Leute verzögern sich weiter. Es steht also für alle viel auf dem Spiel. Gerade auch für die Jungen.

Denen haben Sie kürzlich die Leviten gelesen. Sie haben gesagt: «Wenn ihr Nein stimmt, könnt ihr nicht sicher sein, dass ihr noch AHV bekommt.» Machen Sie Politik mit Erpressungen?

Überhaupt nicht, ich sage einfach, was ist. Harte Fakten. Auch im Parlament war es unbestritten, dass der AHV-Fonds kurz nach 2030 leer sein wird, wenn wir jetzt nichts tun. Und aus einem leeren Fonds kann man keine Renten zahlen. Alle wissen das. Und alle wissen auch, dass wir so schnell keinen neuen Kompromiss finden werden.

Die Reformgegner gaben Ihnen für Ihre klaren Worte an die Jugend Saures. Doch ist das harmlos im Vergleich zur ständigen Haue von rechts, die einst auf Ruth Dreifuss und ihre Rentenpläne niederging. Warum ecken Sie weniger an?

Harmlos würde ich die Kritik nicht nennen, ich finde sie ziemlich hart.

In der Westschweiz haben Sie auch einen Teil der Linken und Gewerkschaften gegen sich. Diese wollen keine Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65, solange es keine Lohngleichheit gibt. Und sie sind gegen den Ausbau der wack-

ligen zweiten Säule. Verstehen Sie den Zorn?

Ja, ich verstehe das. Ich verstehe, wenn man sagt, die Erhöhung des Frauenrentenalters sei nicht gerecht. Wenn man diese Massnahme allein betrachtet – und nicht das ganze Paket im Auge hat –, dann verstehe ich diese Reaktion. Wenn man aber alle Verbesserungen einbezieht, sieht es anders aus. Wir erhöhen zwar das Frauenrentenalter, erhöhen mit den 70 Franken aber auch die AHV. Das macht übrigens 840 Franken mehr Rente pro Jahr!

Zudem verbessern wir die Renten bei der Frührentierung. Wenn man all das zusammennimmt und rechnet, wird klar: Für sehr viele Frauen, die keinen Riesenlohn haben, wird es dank der Reform möglich sein, im gleichen Alter in Rente zu gehen wie heute. Und zwar mit gleich viel oder sogar mehr Geld als heute.

Die Frauen in der Schweiz verdienen immer noch rund 20 Prozent weniger als die Männer. Warum also sollte ich als Frau zusätzlich noch ein Jahr länger arbeiten? Das können Sie uns doch nicht als Fortschritt verkaufen...

Moment, ich bin noch nicht fertig mit den Verbesserungen. Die Reform will die kleinen Löhne in der zweiten Säule endlich besser versichern. Das kommt vor allem den vielen Frauen zugute, die in der Schweiz Teilzeit arbeiten. Und bisher bei der Rente diskriminiert sind. Endlich soll ein grösserer Teil ihres Lohns versichert sein. Das schenkt ein. Ein konkretes Bei-

spiel: Eine 50jährige Frau mit zwei Kindern hat einen 50-Prozent-Job und einen Jahreslohn von 26 000 Franken. Das ist eine Situation, wie sie viele alleinerziehende Frauen kennen. Heute ginge diese Frau mit 64 in Pension mit 19 596 Franken Rente im Jahr. Mit der Reform könnte sie sich mit 64 Jahren frühpensionieren lassen und würde genau gleich viel Rente haben. Dank

WORKTIPP

Lesen Sie auf **Seite 11**, wie die Firmen bei einem Nein Milliarden einsacken.

den Verbesserungen in der zweiten Säule und den 70 Franken mehr AHV.

Wegen der Lohndiskriminierung wird jede Berufsfrau im Jahr durchschnittlich um 6400 Franken geprellt. Auf ein ganzes Frauenerwerbsleben hochgerechnet, macht das 290 000 Franken aus. Als Chef des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung sollte Sie das doch umtreiben.

Das tut es auch. Aber wir können doch nicht einfach auf die Sicherung der Renten, auf 70 Franken mehr AHV und auf zig Verbesserungen verzichten, weil wir noch keine Lohngleichheit haben. Nur, um ein politisches Zeichen zu setzen. Es gibt sehr viele Frauen in der Schweiz, die müssen knapp durch, und Sie wollen nicht, dass sich ihre Situation verbessert? Die Altersvorsorge ist ein Thema. Die Bekämpfung der Lohndiskriminierung ein anderes. Beide sind wichtig, beide müssen wir energisch anpacken und nicht gegeneinander ausspielen.

Die Lohndiskriminierung packt der Bundesrat ja nicht gerade energisch an. Sein kürzlich präsentiertes Massnahmenpaket ist zahlos. Firmen, die Frauen lohnmässig schlechterstellen, müssen nicht einmal Sanktionen befürchten. Seit Jahrzehnten probiert man es mit Freiwilligkeit, das funktioniert nicht.

Das ist ein einseitiges Bild. Wie eine Erhebung des Bundes zeigt, sind immer mehr Unternehmen bereit, ihre Löhne zu überprüfen. Zudem haben wir das Lohngleichheitsforderndes und die Kontrollen im Beschaffungswesen. Bei der Vorlage des Bundesrates geht es darum, die Arbeitgeber in die Verantwortung zu nehmen. Es geht auch nicht nur um die Privatwirtschaft, die öffentliche Hand ist ebenfalls gefordert. Wir haben dort



Denken Sie wirklich, die Reichen würden in die AHV einzahlen, wenn sie keine Renten erhielten?

jetzt eine Offensive für Lohngleichheit lanciert, die bei den Kantonen und Gemeinden auf wachsendes Interesse stösst. Es geht voran.

Wie lange geht es noch bis zur Lohngleichheit in der Schweiz? Zehn oder hundert Jahre?

Ich mache keine solchen Schätzungen. Ich kann nur sagen: Wir sind auf gutem Weg und machen weiter vorwärts. Keine Revolution, aber konkrete Schritte.

Island zeigt, wie man es besser macht: Ein neues Gesetz verpflichtet die Firmen dort, nachzuweisen, dass sie gleiche Löhne für Frauen und für Männer bezahlen. Wer es nicht tut, wird bestraft. Warum kann die Schweiz nicht, was Island kann?

Wir haben etwas Ähnliches wie Island beim Beschaffungsrecht gemacht. Will eine Firma einen Auftrag vom Bund, muss sie beweisen, dass sie gleiche Löhne zahlt. Sonst bekommt sie den Auftrag nicht. Ein klarer Fortschritt.

Alain Berset, wie viele Frauen braucht der Bundesrat?

Der Bundesrat sollte generell ausgewogen sein...

...also fünf Frauen und zwei Männer? Schliesslich gibt es mehr Frauen als Männer auf der Welt. Ich werde mich nicht in die Bundesratsersatzwahl einmischen.

Als Sie Bundesrat wurden, gab es drei Frauen, jetzt sind es nur noch zwei. Ist die Stimmung jetzt anders?

Die ausgewogene Zusammensetzung ist wichtig und auch die Art, wie der Bundesrat zusammenarbeitet.

Gäbe es nur noch eine Frau im Bundesrat, kein unrealistisches Szenario, wenn es so weitergeht, würden Sie als Gentleman dann Platz machen für eine zweite Frau? Ich hoffe nun wirklich nicht, dass wir je wieder eine so unausgewogene Zusammensetzung des Bundesrates erleben müssen.

Milliarden für die Banken Griechische Tragödie

Sieben Jahre dauert die Tragödie mit der Krise in Griechenland nun schon – und nimmt kein Ende. Die Wirtschaft ist um 25 Prozent geschrumpft. Ein Drittel der



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Menschen in Griechenland sind arbeitslos, ebenso viele sind arm. Viele können sich keinen Arzt mehr leisten. Bisher haben nur Kriege Länder derart zurückgeworfen.

SCHÄUBLE. Die griechische Tragödie lenken nicht die Götter auf dem Olymp, sondern Halbgötter des Kapitalismus. Die Troika, gebildet aus EU, IWF und der Europäischen Zentralbank. Der wichtigste Halbgott ist der deutsche Kassenwart Wolfgang Schäuble. Sein Credo: Ein Staat muss weniger ausgeben, als er einnimmt. Wenn

gleichzeitig die Steuern der Firmen sinken, bedeutet dies eine knallharte Sparpolitik. In Deutschland zum Beispiel bei der Infrastruktur: Verglichen mit der Schweiz, gab Deutschland pro Kopf gerade mal einen Sechstel für sein Schienennetz aus – bis dieses bricht wie jetzt im Rheintal.

RENTEN SENKEN. Griechenland verordnete Schäuble schlimmste Rosskuren: Massive Senkungen der Mindestlöhne, der Renten, der Gesundheitsausgaben. Reduktion der Investitionen auf einen Drittel. Heute ist der griechische Staatshaushalt zwar ausgeglichen, aber die Wirtschaft kaputtgespart. Dennoch führt die Troika Schäubles falsche Politik fort: Um Schulden zu begleichen, bekam Griechenland im Juli nochmals 30 Milliarden Euro. Und muss dafür die Renten noch einmal senken, die Gewerkschaftsrechte noch mehr abbauen. Die griechische Linksregierung der Syriza verliert mehr und mehr den Rückhalt. Das war immer ein Ziel der Troika gewesen.

Von den insgesamt 300 Milliarden «Hilfe», die in sieben Jahren für Griechenland gesprochen wurden, kam der grösste Teil dort gar nie an. Er landete bei den Banken in Deutschland und Frankreich. Diese sind nun ihre faulen Schuldpapiere los. Griechenland sitzt dafür auf einem riesigen Schuldenberg, den es nie wird zurückzahlen können. Nun kommt endlich die Einsicht, dass die Troika einen Schuldenschnitt beschliessen müsste, damit sich Griechenland erholen könnte. Aber vor den deutschen Wahlen traut sich das niemand zu fordern. So nimmt die Tragödie denn ihren Lauf.

UNIA online



Stimmen zur Reform

Für viele Unia-Mitglieder ist die Sicherung der Altersvorsorge über die AHV ein wichtiges Anliegen. Deshalb stimmen sie am 24. September zweimal JA. Was ihre Hauptmotivation für ein JA ist, erzählen drei Unia-Vertrauensleute in kurzen Film-Statements. Dies und weitere nützliche Infos zur Abstimmung: www.unia.ch/AV2020

Nach dem Diktat der Autobosse am Berliner Diesel-Gipfel: Radikale Töne von der IG Metall

**Haben Diesel und Benzi-
ner noch eine Zukunft?
Nicht, wenn Politik und
Unternehmen so wei-
termachen wie bisher.
Meint IG-Metall-Chef
Jörg Hofmann.**

MICHAEL STÖTZEL

Der Automobilbau ist in Deutschland die Schlüsselindustrie. VW, Mercedes, BMW und ihre Töchter stellen 800 000 Arbeitsplätze, die Zulieferer noch nicht mitgerechnet. Ihre Fahrzeuge machen einen Fünftel des Exports aus.

Und jetzt das: Zwar haben auch die Autobauer anderer Länder ihre Kundenschaft bei den lebensgefährlichen Dieselabgasen betrogen, aber die deutschen Firmen waren die ersten, die aufflogen. Sie stehen am Pranger. Dank ihrer Milliardengewinne können sie allfällige Bussen in den USA recht problemlos bezahlen. Ihre Allmacht in der deutschen Politik (siehe Box) macht sie jedoch blind gegenüber der Gefahr, die auf ihr Geschäft zukommt. Auf dem Berliner Dieselgipfel am 2. August verhinderten sie nämlich die notwendige Umrüstung aller rund 15 Millionen deutschen Dieselaautos. Das war

Lobbyismus: Die Macht der Autokonzerne

Eine Kneipe, deren Küche nicht blitzblank ist, wird in Deutschland von den Behörden geschlossen. Betrügerische Autokonzerne, die die Atemluft vergiften, haben nichts zu befürchten. Keiner der verantwortlichen Bosse sitzt im Knast. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel blockierte persönlich bei der EU strengere Abgasnormen und genauere Kontrollen.

Ein Grund für die staatliche Liebedienerei ist die Verbindung von Spitzenpolitikern und Autolobby. Beispiele:

- Matthias Wissmann (CDU), Bundesverkehrsminister von 1993 bis 1998, seit 2007 Präsident des Verbandes der Automobilindustrie
- Eckart von Klæden (CDU), Staatsminister im Kanzleramt von 2009 bis 2013, seit 2013 Cheffobbyist von Mercedes
- Thomas Steg (SPD), Stellvertretender Regierungssprecher von 2002 bis 2009, seit 2012 Cheffobbyist von VW
- Maximilian Schöberl (CSU), Pressesprecher von 1992 bis 1998, seit 2006 Cheffobbyist von BMW



NEUE MOBILITÄTSKONZEPTE GEFRAGT: Autobauer wie der deutsche VW-Konzern müssen vor dem Hintergrund des weltweiten Klimawandels umdenken (im Bild: auslieferungsfertige Golf-Modelle in Wolfsburg). FOTO: FABIAN BIMMER/REUTERS

ihnen zu teuer. Sie akzeptierten lediglich ein Software-Update für die neueren Modelle (Euro 5 und 6), mit dem nicht einmal die in der EU an sich vorgeschriebenen Abgasnormen erreicht werden können. Konsequenz: Es droht ein gerichtliches Fahrverbot in den Innenstädten. Ob das der Dieselantrieb auf dem deutschen Markt überleben wird, ist eher zweifelhaft.

«ÜBERGANGSTECHNOLOGIE»

Dabei gäbe es durchaus vernünftige Argumente gegen ein Fahrverbot und das mögliche Ende des Dieselantriebs. Jörg Hofmann, der Präsident der Industriegewerkschaft Metall, ist davon überzeugt, dass der Diesel als «Übergangstechnologie» bleiben müsse, um die weitere Erderwärmung zu verhindern. Das wäre nicht zu schaffen, wenn die Diesel wieder durch Benziener ersetzt würden und damit die Belastung mit dem Klimagift Kohlendioxid (CO₂) weiter stiege. In jedem Fall müssten aber alle Dieselfahrzeuge mit einem Abgasreiniger nachgerüstet werden. Auf Kosten der Hersteller versteht sich. Entsprechende Komponenten sind vorhanden (siehe Seite 10: «Abgas-Bschiss: Sind deutsche Diesel-Dealer gescheitert?»). Ohne ihren Einbau werden die vielen Millionen Dieselfahrer wohl schon bald nur noch einen wertlosen Schrotthaufen besitzen. Ob sich die Politik das leisten kann?

Hofmann geht noch weiter. Seine Forderung: Die Automobilbranche müsse sich neu erfinden: «Es geht darum, die Ziele Klimaschutz, saubere Luft und sichere Arbeit in

einen Gleichklang zu bringen. Ohne ein entschiedenes Umsteuern auf neue Mobilitäts- und Antriebskonzepte wird das nicht gelingen.»*

ANDERE MOBILITÄT

Und allein mit Elektromotoren ist es auch nicht getan. Sauber sind sie nämlich erst, wenn die Wende zu erneuerbarer Energie vollzogen ist und ressourcenschonende Batterien auf den Markt kommen. Eine wirkliche Alternative zu

«Die Politik muss verstehen, dass die Mobilitäts- und die Energiewende siamesische Zwillinge sind.»

IG-METALL-CHEF JÖRG HOFMANN

den bisherigen Motoren verlangt den Aufbau der entsprechenden Infrastruktur und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Nicht zuletzt müssen bei den bisherigen Autowerken neue Betriebe etwa für die Batterieproduktion entstehen und die Beschäftigten entsprechend qualifiziert werden. Es sind also sowohl die Autobauer als auch die öffentliche Hand gefragt. Hofmann fasst zusammen: Politik und Industrie könnten den Handlungsbedarf nicht mehr leugnen. Und: «Die Politik muss verstehen, dass die Mobilitäts- und Energiewende siamesische Zwillinge sind.»

* Jörg Hofmann: **Deutschland einig Autoland? Wir müssen umparken – im Kopf!** www.igmetall.de

Spielzeugkonzerne reagieren: 5-Tage-Woche in Barbies Fabrik

Endlich bewege sich etwas, sagt Simone Wasmann vom Hilfswerk Solidar Suisse. Die drei US-Branchenriesen Mattel (Barbie), Disney und Hasbro wollen ab Januar 2018 in ihren chinesischen Spielzeugfabriken nur noch fünf statt sechs Tage regulär arbeiten lassen. Die Beschäftigten erhielten so nicht nur mehr Freizeit, sondern auch bessere Löhne. Denn für allfällige Überstunden am Wochenende schreibt das chinesische Arbeitsgesetz den doppelten Stundenlohn vor.

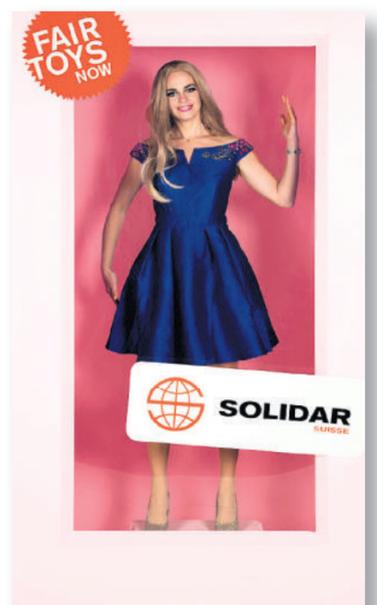
100 ÜBERSTUNDEN. Die Verbesserungen sind dem jahrelangen Engagement der New Yorker Arbeiterschutzzorganisation China Labor Watch und internationaler Hilfswerke wie Soli-

dar Suisse zu verdanken. Ihre Kampagne für anständig produzierte Spielwaren («Fair Toys») verlangt von der Branche, Verantwortung für die gesamte Lieferkette der Spielwaren zu übernehmen und für erträgliche Arbeitsbedingungen in den chinesischen Fabriken zu sorgen. Sie produzieren mehr als die Hälfte aller weltweit verkauften Spielwaren.

In diesen Betrieben organisierte China Labor Watch mehrfach Untersuchungen. Ihre verdeckt operierenden Ermittler schlichen sich dabei in Fabriken ein, die Mattel, Hasbro, Disney und McDonalds beliefern. Sie registrierten unter anderem monatlich bis zu 100 Überstunden mit extrem kurzen Pausen und Mindest-

löhne, die nicht existenzsichernd waren.

KORRUPTER KONTROLLEURE. In 28 Fabriken, die vorgeblich einem Standard des «Internationalen Rats der Spielzeugindustrie» (ICTI) folgen, sollen künftig das chinesische Arbeitsgesetz mit der neuen Arbeitszeitregelung gelten. Fragt sich allerdings, ob diese Vorgabe überhaupt umgesetzt wird. China Labor Watch hält es für «sehr wahrscheinlich», dass viele ICTI-Kontrollure korrupt sind. Sie hätten regelmässig Fabriken bescheinigt, korrekt arbeiten zu lassen, obgleich dort krasse Verstöße gegen das Arbeitsrecht und den eigenen Standard festgestellt wurden. MICHAEL STÖTZEL



TRÜGERISCHE SCHÖNHEIT: Bei der Produktion der Spielzeugpuppe Barbie kam es zu krassen Verstößen gegen das Arbeitsrecht. FOTO: SOLIDAR SUISSE



AUF DIE BARRIKADEN: Die französischen Gewerkschaften und Linksparteien rufen im September zu Streiks und Protesten auf – gegen den «sozialen Staatsstreich» ihres Präsidenten. FOTO: MARTIN BUREAU/AFP/GETTY IMAGES

Frankreichs Präsident will die Gewerkschaften brechen

Heisser Herbst für Macron

Mit brachialen Methoden versucht Emmanuel Macron, eine XXL-De-regulierung des Arbeitsmarktes durchzusetzen. Und brüskiert alle.

OLIVER FAHRNI

Zu Hause, in Paris, rief Arbeitsministerin Muriel Pénicaud die Gewerkschaften gerade zur letzten Runde ins Ministerium. Zu «Konsultationen» über die Totalrevision des Arbeitsgesetzes. Die Stimmung war angespannt, denn die Regierung plant einen Kahlschlag. Da sagte Pénicauds Chef, Emmanuel Macron, während er auf Staatsbesuch im fernen Rumänien weilte, Frankreich sei «ein Land, das man nicht reformieren kann, weil die Franzosen Reformen hassen». Prompt gab Philippe Martinez vom grossen Gewerkschaftsbund CGT zurück: «Wieder einmal hält Herr Macron die Franzosen für Dummköpfe, die zu blöd sind, seine Reformen zu verstehen. Es ist doch einfach so, dass die Franzosen schlechte Reformen ablehnen.»

SOZIALER STAATSTREICH

In nur zehn Jahren, so haben Martinez' Gewerkschaftsjuristen aufgezeichnet, wurde das französische Arbeitsrecht 160 Mal geändert. Meistens, weil die Arbeitgeber neue Ausnahmen und Arrangements verlangten. So gilt zwar noch die gesetzliche 35-Stunden-Woche, aber real arbeiten die Französisinnen und Franzosen längst mehr als 40 Stunden.

Mag sein, Macron wollte mit dem Satz den Druck auf die Gewerkschaften noch einmal erhöhen. Er verlangt nichts weniger als ihren öffentlichen Selbstmord:

Biberli meint: «Numme nid gschprängt!»



Sie sollen nicht nur die Deregulierung der Arbeitsverträge akzeptieren, sondern auch die Regel, dass Firmenchefs künftig Verträge ohne und gegen die Personalvertretungen und Gewerkschaften dekretieren können.

Doch aus Macrons Attacke sprach vor allem der Frust darüber, dass er, der frisch gekürte Star unter Europas Staatshäuptern, schon vor einem heissen Herbst steht. 2016 hatte die letzte Reform des Arbeitsrechts monatelange Demonstrationen ausgelöst. Macron war damals Wirtschaftsminister. Danach sagte er, mit dem Umbau des Ar-



FOTO: KEYSTONE

Der eitle Staatschef lässt sich das Make-up 30 000 Franken kosten.

beitsrechts wäre er «gerne weiter gegangen». Gegen seine XXL-Deregulierung der Arbeit rufen jetzt die CGT und andere Gewerkschaften zu Streik und Protest am 12. September auf. Und am 23. September will die stärkste Kraft der Linken, die «Insoumis» (die «Freien»), das «Volk» zum Aufstand gegen den «sozialen Staatsstreich Macrons» bewegen, wie Jean-Luc Mélenchon sagt, der Kopf der Bewegung.

INSZENIERTE NÖTIGUNG

Dabei hatte der Präsident, der sich selbst als «Jupiter» (der Gott der Götter der alten Römer) bezeichnet, diesmal alles getan, um jede öffentliche Debatte im Keim zu ersticken. Vom Parlament, in dem seine straff geführte Partei EM die absolute Mehrheit hat, liess er sich die Blankovollmacht geben, das neue Arbeitsgesetz per Dekret einzuführen. Und zwar, ohne dass jemand den Inhalt gekannt hätte. Demokratie wurde da nur noch simuliert.

Auf dieselbe Weise verfuhr Macron mit den Gewerkschaften. In Einzelabfertigung rief er sie zu sieben Runden «Verhandlungen» über ein Gesetz, dessen Text die Vertreter der Arbeitenden nie zu Gesicht bekamen. Beziehungsweise nur Bruchstücke davon, manche ein bisschen mehr, etwa der sozialliberale Gewerkschaftsbund CFDT, andere, wie die kritische CGT, nicht einmal 30 von 200 Seiten. Ausgehändigt erhielten sie nichts, Notizen durften sie keine machen. Medien, die ge-

heime Entwürfe enthüllten, liess der Präsident mit Klagen eindecken. Im internen Rapport der CGT zur letzten Sitzung vom 23. August lesen wir: «Wieder kein Dokument. Doch der rote Faden ist klar: Flexibilisierung, Prekarisierung, schrumpfende Löhne, schrumpfende soziale Sicherheit und schrumpfende Gewerkschaftsrechte.» Sogar die gemässigte Kaderngewerkschaft CFE-CGC konstatiert: «Die Karten waren von Anfang an gezinkt.» Ein Delegierter des Gewerkschaftsbundes FO nennt das Vorgehen «eine gut inszenierte Nötigung». Gut inszeniert, weil es Macron gelang, die Gewerkschaften zu spalten. Nicht an die Konsultation zu gehen war keine Option. Die FO, die 2016 noch an vorderster Front gegen das Arbeitsgesetz gekämpft hatte, liess sich weit auf Macrons Strategie ein. FO-Generalsekretär Jean-Claude Mailly hoffte bis zuletzt, auf die Dekrete Einfluss nehmen zu können.

Am 31. August (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) macht der eilige und eitle Macron – die Dienste seiner Visagistin für die ersten drei Monate Amtszeit summieren sich auf 26000 Euro (knapp 30000 Franken) – seine Präsidentenbefehle publik. Sie treten sofort in Kraft. Fallen sie harsch aus, könnte er sehr schnell die Kontrolle über das Land verlieren.

Macron im freien Fall

Die Umfragewerte von Emmanuel Macron fallen ungebremst, obschon ihm keine Konkurrenten den Platz streitig machen: Die Rechte ist in Minifraktionen zerfallen, der Front national tut keinen Mucks, und die Sozialisten lahmen. Macron hat mit seiner hart neoliberalen Politik für die Reichen einen explosiven Herbst angemischt.

STREICHKONZERT. Mit den Gewerkschaften könnte der gesamte öffentliche Dienst streiken, weil er dort 200000 Stellen abbauen will. Die Rentnerinnen und Rentner sind im Aufruhr, weil Macron sie besteuert, um die Milliarden-Steuerergosse für die obersten Einkommen zu finanzieren. Die Studierenden, Mieterinnen und Mieter sind wütend, weil er ihre Mietzuschüsse zusammengestrichen hat. Die Bürgermeister, die Lehrerinnen, das Spitalpersonal, die Sozialverbände reklamieren, weil er den Gemeinden 20 Milliarden Euro entzogen und Ende Juli über Nacht Zehntausende von staatlich finanzierten Integrationsjobs gekippt hat. (olf)



la suisse existe
Jean Ziegler

SKLAVENMARKT IN LIBYEN

Arles ist die wunderschöne, uralte Römerstadt am unteren Rhonelauf, am Eingang zum Flussdelta der Camargue. Julius Cäsar hatte sie im ersten Jahrhundert vor Christus zur Hauptstadt des eben eroberten Gallien erhoben. Heute ist Arles die Welthauptstadt der Fotografie.

Die EU begeht im Mittelmeer tagtäglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In jedem Sommer stellen dort die berühmtesten internationalen Fotogra-

finnen und Fotografen ihre Bilder aus. Zehntausende aus der ganzen Welt strömen dann ins französische Arles.

SCHLEPPERGEFÄNGNIS. In diesem Jahr geschah etwas Überraschendes. Ein völlig unbekannter US-amerikanischer Fotograf zog in einer kleinen Galerie am südlichen Ende der Stadt die meisten Blicke auf sich. Nicht enden wollende Schlangen von Menschen standen vor dem bescheidenen Lokal. Samuel Gratacap war es gelungen, unerkannt in ein libysches Schleppergefängnis in der kleinen Hafenstadt Zaouia, östlich von Tripolis, einzudringen und mit den gepeinigten Insassen – Frauen, Männer, Kinder – zu reden.

Die Internationale Organisation für Migration, mit Hauptsitz in Genf, titelte ihren kürzlich erschienenen Bericht: «Sklavemarkt in Libyen». Die Schwerverbrecher, welche die geplagten Familien berauben und später aus seeuntüchtigen Gummibooten drängen, haben ein zusätzliches Geschäftsfeld entdeckt: Sie zwingen Asylsuchende, telefonisch von ihren Familien in Syrien, Nigeria oder Bangladesh Lösegeld zu verlangen, das an einen Mittelsmann überwiesen werden muss. Das gelingt meistens, weil die Angehörigen die Schreie ihrer gequälten Verwandten am Telefon hören. Die Betonköpfe in Brüssel schauen weg. Sie haben sich auf eine neue Strategie geeinigt. Seit Juli darf kein Rettungsschiff von Nichtregierungsorganisationen näher als 23 Seemeilen an die libysche Küste vordringen. In den Wochen zuvor konnten sie bis zur Grenze der libyschen Territorialgewässer, also bis zu 12 Seemeilen vor der Küste, Menschen retten. Zudem soll die von der EU ausgerüstete, völlig korrupte libysche Küstenwache Flüchtlinge abschrecken.

Fazit: Die Zahl der Flüchtlinge, die in Italien ankommen, ist um 57 Prozent gesunken. Die Hilfsorganisation «Ärzte ohne Grenzen» geht davon aus, dass als Folge der Behinderung der Rettungsschiffe weitere viele Tausend Menschen im Mittelmeer ertrinken werden.

VERRAT IN BRÜSSEL. Robert Schuman, Held der Résistance, französischer Aussenminister und 1957 Unterzeichner der Gründungscharta der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sagte in einer visionären Rede am 9. Mai 1950: «Europa wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.»

Mit ihrer mörderischen Abschreckungspolitik gegen hilflose, verzweifelte Flüchtlinge verraten die EU-Mitgliedstaaten das Gründungsversprechen ihrer Gemeinschaft. Sie begehen tagtäglich im Mittelmeer Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 im Bertelsmann-Verlag erschienen.

Uni Bern durchleuchtet den Schweizer Detailhandel

Mehr Jobs als die Banken

Mit rund 94 Milliarden Franken Umsatz pro Jahr ist der Detailhandel eine der grössten Wirtschaftsbranchen der Schweiz. Trotzdem interessieren sich Forschung und Politik bisher kaum dafür. Jetzt aber haben Wissenschaftlerinnen der Universität Bern die Branche erstmals grundlegend analysiert. work nennt die wichtigsten Fakten und Zahlen.

DRITGRÖSSTE BRANCHE. 323 000 Menschen arbeiten im Detailhandel. Sie teilen sich 240 000 Vollzeitstellen. Damit ist der Detailhandel die drittgrösste Branche in der Schweiz, nach Bau und Gesundheit. Zum Vergleich: Der ganze Finanzsektor hat nur halb so viele Stellen.

TIEFE LÖHNE. Der mittlere Lohn im Detailhandel beträgt 4761 Franken brutto. Das ist viel weniger als in der Industrie (6255 Franken) und auch weniger als im Dienstleistungssektor insgesamt (6523 Franken).

FRAUEN ARBEITEN – MÄNNER SIND CHEFS. Zwei Drittel aller Beschäftigten im Detailhandel sind Frauen. Trotzdem sind die Kader mehrheitlich Männer: Bei Coop werden 66 Prozent der Filialen von Männern geleitet, bei Migros sogar zwischen 70 und 80 Prozent. Komplett in Männerhand ist bei beiden Grossverteilern die Geschäftsleitung: Es sind jeweils sieben Männer. Und null Frauen. Mehr Frauen hat es immerhin in den Verwaltungsräten: Bei Coop sind es derzeit sogar 5 von 10 – eine Frauenquote von 50 Prozent. Bei der Migros

sind allerdings dann wieder nur 5 von 23 Mitgliedern Frauen.

3 FRAUEN VERDIENEN WENIGER. Wie fast überall erhalten Frauen im Detailhandel weniger Lohn als Männer. Besonders krass ist der Unterschied im mittleren und oberen Kader: mehr als 27 000 Franken im Jahr, das sind rund 28 Prozent. Bei den einfachen Mitarbeitenden beträgt die Differenz 5300 Franken jährlich, das sind 9 Prozent. Das ist weniger als der landesweite Durchschnitt von 18 Prozent. Für Natalie Imboden, Chef-in Detailhandel bei der Unia, ist klar: «Das ist den Mindestlöhnen bei Coop und Migros zu verdanken, die in den Gesamtarbeitsverträgen festgelegt sind.»

TEILZEITBRANCHE. Annähernd die Hälfte (47 Prozent) aller Beschäftigten in der Branche arbeiten Teilzeit. Aber: Die Mehrheit der Vollzeitstellen ist von Männern besetzt.

IMMER PREKÄRER. In den letzten Jahren ist die Zahl der Angestellten mit einem befristeten Vertrag von 10 000 auf 17 500 angestiegen. Sogar fast 58 000 mussten Schichtarbeit leisten – Tendenz zunehmend. Unia-Frau Imboden: «Das ist eine direkte Folge der längeren Öffnungszeiten, wie sie viele Kantone eingeführt haben.»

LOHNUNTERSCHIEDE IM DETAILHANDEL

	Männer	Frauen	Unterschied
ohne Kaderfunktion	4901	4460	9,0%
mittleres und oberes Kader	7944	5728	27,9%

JEDER ZEHNTE STIFT. Rund 16 000 junge Menschen machen jedes Jahr eine Lehre im Detailhandel. Die Branche bietet somit einen Zehntel aller Lehrstellen im Land an. Eine Studie im Kanton Bern hat sogar gezeigt: Für junge Frauen ist Detailhandelsfachfrau (drei Jahre) der dritthäufigste Lehrberuf, nach dem KV und Fachfrau Gesundheit.

AUSBILDUNG WIRD SCHLECHT BELOHNT. Traurig: Wer eine Lehre absolviert hat, verdient monatlich im Schnitt nur gerade 239 Franken mehr als eine ungelernete Arbeitskraft.

ONLINE WÄCHST. Der Onlinehandel hat letztes Jahr um 8,3 Prozent zugelegt. Der Umsatz liegt mittlerweile bei knapp 8 Milliarden Franken, was etwa 7 Prozent des ganzen Detailhandels entspricht, Tendenz steigend. Die umsatzstärksten Onlinehändler sind Digitec, Zalando und Amazon, vor Nespresso und Brack.

MODE: VIELE NAMEN VERSCHWINDEN. Viele kleine und mittelgrosse Modeanbieter sind in den letzten Jahren verschwunden: Sie gingen konkurs (Yendi), schlossen fast alle Läden (Bata) oder wurden durch ausländische Ketten übernommen (Vögele, Companys, Blackout).

ZWEI RIESEN. Die grössten Detailhändler und ihre Umsätze im letzten Jahr: 1. Migros-Gruppe: 20,1 Mrd. 2. Coop-Gruppe: 15,8 Mrd. 3. Fenaco (Volg, Landi): 2,8 Mrd. 4. Aldi Suisse: 1,9 Mrd. 5. Ikea: 1,1 Mrd.

UMSATZ SCHRUMPF. 2016 hat der Detailhandel insgesamt 1,7 Prozent

an Umsatz verloren. Nicht alle Produkte waren gleich betroffen: Bei den Nahrungsmitteln war der Rückgang 0,7 Prozent, bei Freizeitartikeln 3,4 Prozent. Ein deutliches Plus von 3,7 Prozent gab es hingegen im Bereich der Heimelektronik.

ZUSAMMENGEKÜRZT. Zusammengefasst von Christian Egg

ILLUSTRATIONEN: ROLF WELLI



PATRICIA D'INCAU

Plötzlich standen sie mitten im Berufsleben. Ohne Ausbildung und ohne Anleitung. Larissa Russo und Lorena Meichtry waren 16. Bereits als Schülerinnen war ihnen klar: Sie wollten mit Kindern arbeiten. Doch Ausbildungsplätze in Kitas waren rar. Also bewarben sie sich um ein einjähriges Praktikum. Lorena in Brügg BE, Larissa in Bern.

Larissa erinnert sich: «Ich war zwar Praktikantin, aber sie setzten mich oft genau gleich ein wie die anderen.» Die mit Ausbildung. Bereits nach kurzer Zeit habe sie sich um zwölf Kinder gekümmert. Fünf Tage die Woche, für 900 Franken im Monat. Für einen Teenager viel Geld. Den Betrieb kam das günstig. Eine Ausgelernte hätte monatlich über 3000 Franken mehr gekostet.

AUSGENUTZT

Larissa merkte schon bald: Sie ist auf sich alleine gestellt. «Ich wurde nicht an die Aufgaben herangeführt, man hat mir nichts Pädagogisches mitgegeben. Also: Was wichtig und richtig wäre im Umgang mit den Kindern», erzählt sie. «Ich habe halt einfach gemusst.»

Dass man auch einmal Nein sagen dürfe, das habe sie damals nicht gewusst. Manchmal, wenn sie mit den Kindern alleine war, drohte der damals 16-jährigen die Verantwortung über den Kopf zu wachsen. «Ich musste Brei machen, gleichzeitig das Baby schöpfe und mich um die anderen Kinder kümmern. Das war eine riesige Verantwortung. Selbst wenn ich ausgebildet und volljährig gewesen wäre.» Rückblickend muss sie sagen: «Manchmal habe ich mich richtig überfordert gefühlt.»

Trotzdem hat Larissa weitergemacht. Auch weil sie hoffte, eine Lehrstelle zu bekommen. Erst nach einem halben Jahr erfuhren sie: Für fünf Praktikantinnen gibt es nur zwei Lehrstellen. «Und keine von uns wurde schliesslich genommen», erzählt Larissa. Sie habe sich ausgeutzt gefühlt, «als billige Arbeitskraft».

MIT DEN KINDERN ALLEINE

Bei Lorena war das anders. Sie arbeitete in einem Familienbetrieb. Aussicht auf eine Lehrstelle hatte sie dort von Anfang an keine. Ausgenutzt gefühlt habe sie sich aber nicht. Doch auch sie sieht heute einige Dinge kritischer als damals.

«Ich wurde nicht an die Aufgaben herangeführt.»

LARISSA RUSSO, EX-KITA-PRAKTIKANTIN

«Wenn du jetzt in der Ausbildung lernst, was du bei der Betreuung tun solltest und was nicht, ist es ziemlich krass», sagt die 19-jährige. Überrascht hat sie auch, wie streng die Richtlinien in ihrem jetzigen Lehrbetrieb sind: «Jetzt, im dritten Lehrjahr, darf ich mit drei Kindern alleine raus. Mehr dürfen es nicht sein. Das ist schon ganz anders.»

In ihrem Praktikum hatte das keine Rolle gespielt. «Oft war ich mit allen Kindern alleine unterwegs.» Wie Larissa auch. Erst heute wissen die beiden: Ganz ungefährlich war das nicht. «Was hätte ich gemacht, wenn ein Kind plötzlich weg gewesen wäre? Zuerst in der Kita anrufen oder gleich bei der Polizei? Ich hätte damals keine Ahnung gehabt, wie ich reagieren müsste. Ich war 16», sagt Larissa. Lorena stimmt ihr zu. Einig sind sie sich auch in einem anderen Punkt: Firmen, die Praktikantinnen anstellen, denen geht es vor allem auch darum, Kosten zu sparen.

KAUM REGELN

Der Unia ist diese Problematik bekannt. Lena Frank, bisherige Leiterin der Unia-Jugend, weiss: «Praktika gibt es vor allem dort, wo grosser finanzieller Druck herrscht.

workfrage: Praktikum als Berufseinstieg: Chance oder nur Ausnutzerei?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work_frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

Und Frank weiss aus eigener Erfahrung, wovon sie redet. Bevor sie zur Gewerkschaft kam, hat sie in der Pflege gearbeitet: «Den Praktikantinnen und Praktikanten wird einmal gezeigt, wie man die Leute wäscht, und dann heisst es: Mach mal.» Einen Ausbildungscharakter gebe es nicht. Stattdessen würden

«Oft weiss man nicht, wer eigentlich zuständig ist.»

KATHRIN ZILTENER, UNIA-JUGENDSEKRETÄRIN

die Jugendlichen als normale Arbeitskräfte eingesetzt, zu einem Lohn, der sich zwischen null und 700 Franken bewege. Für Frank ist klar: Mehrmonatige Praktika vor der Lehre gehören verboten. In Ordnung findet sie aber einzelne Schnuppertage, die den Jugendlichen helfen, herauszufinden, ob ihnen der Job gefalle.

FUNDIERTE DATEN FEHLEN

Das findet auch Franks Nachfolgerin Kathrin Ziltener. Sie setzt ihren ersten Schwerpunkt bei den Praktika. Sie will herausfinden, ob Praktika auch in anderen Branchen System hätten, etwa im Detailhandel und in der Coiffeurbranche. Ziltener sind mehrere Fälle bekannt, noch fehlen ihr aber fundierte Daten. Die zu bekommen sei schwierig, sagt sie. «Oft weiss man bei den kantonalen Berufsämtern nicht, wer für die Frage eigentlich zuständig ist», sagt Ziltener. «Es heisst dort: Praktika sind in unserem dualen Bildungssystem nicht vorgesehen. Deshalb ist auch niemand zuständig.»

Entsprechend wenig ist bisher für Praktikantinnen gemacht worden. Gesonderte Richtlinien zu Lohn oder Arbeitsbedingungen gibt es bis heute kaum. Ausser in den Kantonen Genf, Neuenburg und – seit Anfang August – auch in Bern. Nachdem dort die kantonale Arbeitsmarkbehörde interveniert hat, dürfen Praktika in der Betreuung jetzt nur noch maximal ein halbes Jahr dauern. Länger geht nur noch dann, wenn eine Lehrstelle garantiert und ein Lohn von 3000 Franken bezahlt wird. Oder wenn der Praktikant an mindestens einem Tag in der Woche eine Berufsschule besucht.

RECHT AUF AUSBILDUNG

Lorena und Larissa finden das gut. Sie sagen: «Ein Praktikum ist okay, wenn es darum geht zu schauen, ob der Beruf wirklich passt.» Ein Jahr brauche es dafür allerdings nicht. Und eigentlich auch keine sechs Monate. «Die Zuständigen merken ja ziemlich schnell, ob du geeignet bist oder nicht», sagt Larissa.

Mittlerweile sind die beiden im dritten Lehrjahr. Doch die Erfahrung hat sie geprägt. «Wir werden oft als Hütemeitschi abgestempelt», sagt Lorena. Für sie ist aber klar: «Unser Job ist anspruchsvoll. Auch wir haben ein Recht auf eine gute Ausbildung und einen ordentlichen Lohn.»

Dafür setzen sich Lorena und Larissa nun ein. Zusammen mit weiteren Lernenden, unterstützt von der Unia. Und: Sie wollen andere ermutigen, dasselbe zu tun.



ALLEINGELASSEN: Lorena Meichtry (links) und Larissa Russo fühlten sich als Praktikantinnen oft schlecht betreut. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Zwei Kita-Praktikantinnen packen aus:

«Sie sagten: Macht doch einfach mal!»

Sie arbeiten für einen Fünfliber pro Stunde: Jugendliche, die nach der Schule keine Lehrstelle finden und in einem Praktikum landen.



KEIN ZUCKERSCHLECKEN. Die ideale Verkäuferin ist stets verfügbar und kennt weder Hunger noch Durst. FOTO: ISTOCK

(K)eine Satire: So sieht die ideale Verkäuferin aus Libellenblick, und der Bostitch schaut nach rechts

Den Libellenblick hat sie super drauf. Während sie in der Hocke Raviolibüchsen ins Gestell räumt, schaut sie ständig nach links und rechts. Erspäht sie einen Kunden, der etwas sucht, spricht sie ihn aktiv auf seine Wünsche an. Selbstverständlich, dass sie dabei ihre Arbeit unterbricht. So will es ihr Chef, so will es das Unternehmen.

KEIN DURST. Sie ist die ideale Detailhandelsverkäuferin. Die Vorgaben erfüllt sie jederzeit. Wenn ihre Schicht um sieben beginnt, stempelt sie zwischen 6.58 und 7.00 Uhr ein – nicht vorher, nicht nachher. Sitzt sie an der Kasse, steht der Bostitch an seinem Ort, nicht daneben. Und schaut nach rechts, nicht geradeaus. Eine Trinkfla-

sche steht an der Kasse nicht. Die ideale Verkäuferin muss nicht trinken. Und sie lächelt. Immer. Auch wenn sie in der tiefsten Lebenskrise steckt. Der Chef sieht auf der Überwachungskamera, ob sie lächelt. Tut sie es nicht, dann ruft er an.

LOHN GEHEIM. Über ihren Lohn spricht sie nicht. Schon gar nicht mit ihren Kolleginnen und Kollegen. Das wäre

Wenn sie nicht lächelt, ruft der Chef an.

ein Kündigungsgrund. Täte sie es, dann würde sie herausfinden, dass ihr männlicher Kollege für die gleiche Ar-

beit 400 Franken pro Monat mehr bekommt.

Sie ist im Stundenlohn angestellt, mit einem 50-Prozent-Pensum. Ist aber die ganze Woche über verfügbar. Immer öfter wird sie zweimal pro Tag eingeteilt, am Morgen ein paar Stunden und dann am Abend wieder. Oder ihr Chef schickt sie vorzeitig heim, wenn zu wenig Kunden im Laden sind.

BEI ANRUF ARBEIT. Eigentlich betreut sie am Nachmittag ihre zwei Kinder. Aber sie ist flexibel. Wenn sie arbeiten muss, springt zu Hause die Schwiegermutter ein. Die arbeitet zwar auch, verschiebt das aber auf einen anderen Tag. Der Arbeitgeber, bei dem die Schwiegermutter jetzt ausfällt, orga-

nisiert eine Ersatzkraft. Alles kein Problem.

Ihr Chef darf alles. Auch sie beleidigen. Mit Sätzen wie: «Ja, morgen hast du frei. Super, dann arbeiten morgen nur die Hübschen.» Zwar hat sie sich bei den Vorgesetzten dagegen gewehrt. Aber die Sache verlief im Sand. Auch die Kundinnen und Kunden beleidigen sie oft. «Blöde, Dumme, Dicke, Hässliche.» Und wie reagiert sie? Natürlich freundlich: «Okay, ciao, schönen Abend.» (che)

NICHT LUSTIG. In diesem Text ist nichts erfunden: Alle Fakten und Aussagen stammen aus der Studie «Der Strukturwandel im Detailhandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Branche». Download: www.ifzg.unibe.ch



Abgas-Bschiss: Sind deutsche Diesel-Dealer gescheiter?

Niemand will der mächtigen Autoindustrie wehtun. Anstatt dreckige Dieselaautos umzurüsten, soll ein Software-Update genügen.

Tauchen wir ab in die jüngere, fast vergessene Vergangenheit. Vor 12 Jahren bekämpfte die Baumaschinenverkäuferin und SVP-Nationalrätin Jasmin Hutter die Dieselfilterpflicht für Baumaschinen. Heute weiss fast niemand mehr, wie man den Namen Jasmin Hutter buchstabiert. Und auf den Baustellen sorgen Partikel-filter zuverlässig für bessere Luft und weniger Lungenkrebs.

Die Geschichte wiederholt sich. Nicht als Farce. Die Autokonzerne haben dreckige Dieselaautos als saubere verkauft. Alle machten bei dem Schwindel mit. Auch die staatlichen Kontrollinstanzen. Auch die Hundertschaften von Journalistinnen und Journalisten, die Autos testen.

Die Blamage: Erst in Kalifornien flog der Betrug auf. Und in den USA musste Volkswagen finanziell bluten. Nicht so in Deutschland, nicht so in der Schweiz.

Wir brauchen endlich unabhängige staatliche Prüfstellen, die über genügend finanzielle Mittel verfügen. Und Konsumentenorganisationen, die vom Staat so viel Geld erhalten, damit sie nicht nur Birchermüesli, sondern auch Autoabgase selbständig kontrollieren können. Im Kampf gegen die organisierten Betrüger in Dienste des Kapitals.

ANGELA GEGEN ARNOLD. In den Jahren zwischen 2000 und 2015 stieg der Anteil der in der Schweiz verkehrenden Diesel-



GEGEN SAUBERE LUFT: Christoph Blocher und seine Jasmin Hutter zogen vor zwölf Jahren erfolglos gegen Partikel-filter für Baumaschinen ins Feld (work-Titelbild vom 5. November 2004).

autos von 4 auf 27 Prozent. Obwohl die Schweiz die Dieselaautos – im Gegensatz zu Deutschland – nicht über tiefere Steuern für Dieseltreibstoffe gefördert hat.

Einst kämpfte die Physikerin Angela Merkel gegen die zu strengen

kalifornischen Abgaswerte. Videos beweisen: Auf der Gegenseite trat der gebürtige Österreicher und Bodybuilder Arnold Schwarzenegger als Gouverneur von Kalifornien für mehr Umweltschutz ein.

In Berlin fand am 2. August 2017 der deutsche Dieselpipfel statt. Dieselmutter Angela Merkel machte in Südtirol Wanderferien, anstatt in Berlin Weichen zu stellen. Typisch Merkel: abwarten, bis der Kaffee kocht.

SCHLAFMÜTZEN. Eigentlich hätte der Gipfel von der Autoindustrie verlangen müssen, dass faktisch alle bisher produzierten Dieselaautos verschrottet oder umgerüstet werden müssen. Genauso wie vor 12 Jahren die Baumaschinen in der Schweiz. Mit neuen Filtern, die als Prototypen auf dem Markt erhältlich sind. Stattdessen beschlossen alle anwesenden Parteien ein Software-Update, das wenig bis nichts bringt.

Dies, weil niemand von Seiten der Autoparteien – zu denen inzwischen auch die Grünen aus Baden-Württemberg zählen – der Autoindustrie wehtun wollte: Die Umrüstung aller betroffenen deutschen Dieselaautos würde rund 12 Milliarden Franken kosten. Ein Software-Update 20 Mal weniger.

Während fast alle schlafen, werden in Deutschland jetzt ausgerechnet die Autohändler aktiv. Jürgen Karpinski, der Chef von 38 000 Autohändlern, bringt das Problem auf den Punkt: «Wenn die Hersteller ihrer Verantwortung als Verursacher der Dieseldieselkrise gerecht werden wollen, sollten sie sich schleunigst um die Entwicklung wirksamer Nachrüstlösungen kümmern.»

Solch klare Worte wünschte man sich von Doris Leuthard, dem VCS, den Grünen, der SP und den Schweizer Autohändlern. Bisher vergeblich.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/dieselfilterpflicht
Die Gewerkschaften – und mit ihnen work – kämpften erfolgreich für eine Dieselfilterpflicht. Vor 12 Jahren!

● rebrand.ly/dieseligate
Das deutsche «Handelsblatt» berichtet über die «Rebellion der Händler» zugunsten richtiger Filter.

● rebrand.ly/nachruestungen
Vor drei Monaten berichtete work über das Potential von Nachrüstungen.

● rebrand.ly/fremdschaemen
Die SPD ist gespalten. Die Umweltministerin ist für Nachrüsten. Der Gewerkschaftsflügel leider dagegen – mit Logik zum Fremdschämen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Fahren und sparen in einem Zug!

Mit Reka-Geld sind Sie im ÖV günstiger unterwegs.

Beziehen Sie Reka-Geld mit Rabatt und bezahlen Sie damit Tickets und Abonnemente bei den SBB und den meisten anderen Schweizer Verkehrsbetrieben. Übrigens akzeptieren insgesamt über 9'000 Annahmestellen in der ganzen Schweiz Reka-Geld. reka.ch

Mit Reka liegt mehr drin. **reka**



Unia-Mitglieder erhalten Reka-Geld mit Rabatt.

Neue Studie: Was Migranten in der Schweiz denken und fühlen

Heimweh nach dem Süden

Warum haben in der Schweiz lebende Portugiesinnen und Portugiesen von sämtlichen Eingewanderten am meisten Sehnsucht nach der Heimat?

RALPH HUG

Die Antwort auf diese Frage steht zwar noch aus. Denn das müssen die Forscherinnen und Forscher erst klären. Doch der Befund ist eindeutig. Leute, die aus Portugal in die Schweiz kamen, sehnen sich am meisten nach der Heimat. Aber nicht nur Portugiesen haben Heimweh. Auch Deutsche. Ihr Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland ist fast gleich stark ausgeprägt. Dies zeigt eine grossangelegte Studie unter Menschen, die in den letzten zehn Jahren in die Schweiz eingewandert sind (siehe Box).

BLACKBOX MIGRANTEN-SEELE

Seit über 150 Jahren kommen Menschen hierher, lassen sich nieder, gründen Familien und leben ihre Kultur. Doch kaum je hat sich jemand nach ihrem Befinden erkundigt. Die Seelen der Migrantinnen und Migranten blieben eine Blackbox. Mehr Licht soll jetzt ein Forschungsprojekt des Nationalfonds bringen. Tausende von Eingewanderten antworteten auf Fragen zu ihrem Leben hierzulande. Und schilderten ihre Migrationserfahrungen. Höchste Zeit, dass sie die Schweiz gebührend zur Kenntnis nimmt. Denn Migranten fallen ins Gewicht. Allein 300 000 kommen aus Italien, fast ebenso viele



LIEBER FADO ALS LÄNDLER: Von den in der Schweiz lebenden Portugiesinnen und Portugiesen will sich nur eine Minderheit einbürgern lassen. Häufig bleiben sie eng mit ihrer heimatlichen Kultur verbunden. FOTO: INGOLF POMPE/LOOKFOTO

aus Deutschland, 260 000 aus Portugal und 120 000 aus Frankreich. Mehr als 10 000 wurden in Westafrika geboren. Insgesamt kommen 1,2 Millionen Menschen aus der Migration.

BERUFLICHER AUFSTIEG

Erste Ergebnisse des grossen «Migration-Mobility Survey» zeigen, dass die Zuwanderung vorwiegend berufliche Gründe hat. Fast zwei Drittel der Befragten gaben den Beruf als Grund an, weshalb sie in die Schweiz kamen. Viele suchen aber auch ein besseres Leben als zu Hause. Und das mit Erfolg: 70 Prozent gaben an, dass die Migration ihre berufliche Situation verbessert habe. Insbesondere Leute aus Südeuropa erfahren, dass es für sie im Job aufwärtsging. Jedoch erleben Frauen Migration oft anders. Mehr Frauen als Männer sprechen auch von einer Verschlechterung.

Klar, wenn sie sich als Reinigungskraft verdingen müssen, um über die Runden zu kommen.

ALLTÄGLICHER RASSISMUS

Gemäss der Umfrage sind Diskriminierung und Rassismus verbreitet. Ein Drittel der Befragten waren schon mit Vorurteilen oder Benachteiligungen konfrontiert. Wobei dies bei Menschen aus Westafrika mehr als doppelt so häufig der Fall war als etwa bei Menschen aus Österreich. Und wenn Leute aus Afrika diskriminiert werden, stehen oft rassistische Motive im Vordergrund. Ein Fünftel der Migrantinnen haben Benachteiligungen erlebt, weil sie Frauen sind.

Die Befragung berücksichtigt nur die Einwanderung im letzten Jahrzehnt. Da sieht Migration anders aus als früher. Es kommen viele Hochqualifizierte in die Schweiz. 90 Pro-

zent aus den englischsprachigen Ländern haben einen Hochschulabschluss. Auch aus Südamerika und Italien und kommen mehrheitlich Personen mit Uni-Abschluss. Überraschend: 40 Prozent möchten sich einbürgern lassen. Nur bei den aus Österreich und Portugal Eingewan-

Zuwanderung hat vorwiegend berufliche Gründe.

derten will lediglich eine Minderheit ein Einbürgerungsgesuch stellen. «Bei ihnen besteht ein deutlich stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Herkunftsland», heisst es dazu in der Studie. Österreich erlaubt keine Doppelbürgerschaft. Und Auswanderer aus Portugal bleiben über familiäre Bande in ihren heimatlichen Dörfern verwurzelt.

Ausstellung **Rebelliges Video**

Plötzlich mussten Polizisten damit rechnen, gefilmt zu werden. Die Videotechnik veränderte die politische Auseinandersetzung. Weil sie einfach, praktisch und günstig war. Vor allem die Jugendbewegung griff nach dem Opernhauskrawall 1980 zur Kamera.



VIDEOSTILL. Aus «1 Lovesong» über die Stauffacher-Räumung 1984.

Video diente ihr als Instrument zur Mobilisierung und zur Dokumentation von Übergriffen. Eine zentrale Rolle spielte der Zürcher Videoladen um den Ethnologen Heinz Nigg. Das Landesmuseum in Zürich zeigt in der Ausstellung «Rebelliges Video» u.a. Arbeiten, die den Kampf der jungen Generation gegen Kommerz und für Autonomie schildern. Ein authentisches Stück Schweizer Zeitgeschichte von unten.

Rebel Video. Die Videobewegung der 1970er und 1980er Jahre. Ausstellung im Landesmuseum Zürich. Bis 15. Oktober. www.nationalmuseum.ch.

Satirischer Polit-Roman **Der Satan und sein Sekretär**

Sein Name ist Buzz Windripp. Und er verspricht im Wahlkampf, die weissen Buezer zu retten. Sein Slogan: Er will die USA wieder zu einem stolzen, reichen Land machen («to make America a proud, rich land again»). An seiner Seite hat er einen «satani-schen Sekretär». Sind das Trump und sein Ideologe Bannon? Nein, der kritische US-Autor Sinclair Lewis hat seinen satirischen Polit-Roman «Das ist bei uns nicht möglich» bereits 1936 verfasst. Es ist der Roman zur Stunde. Denn er nimmt Trump, Populismus und Rechtsextremismus vorweg. Einfach frappant. Lewis' Glanzstück ist jetzt ins Deutsche übersetzt.



Sinclair Lewis: **Das ist bei uns nicht möglich**, 442 Seiten, Aufbau-Verlag, CHF 35.-.

Neue Erkenntnisse zur Migration

6000 in der Schweiz lebende Migrantinnen und Migranten aus 38 Ländern haben im Rahmen einer Studie der Universität Neuenburg Auskunft über ihre Lebenssituation gegeben. Die Befragung ist Teil eines Forschungsnetzwerks zum Thema Migration unter dem Titel «nccr – on the move». Dieses bündelt 19 Forschungsprojekte, die vom Nationalfonds unterstützt werden. Details auf der Website www.nccr-onthemove.ch

workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



ALTERSREFORM: BEI NEIN SACKEN FIRMEN AHV-MILLIARDEN EIN

Rund um die Abstimmung zur Altersvorsorge 2020 (AV 2020) gibt es viel Fehlinformation und Verwirrung. Tatsache ist: Wer Nein stimmt, schenkt den Unternehmen Milliarden – auf Kosten der AHV. Die AV 2020 sieht vor, dass die AHV bereits auf den 1. Januar 2018 zusätzlich 0,3 Prozent Mehrwertsteuer (MWSt) erhält. Das sind rund eine Milliarde Franken pro Jahr. Dieses Geld geht noch bis Ende Jahr in die Invalidenversicherung (IV). Danach ist Schluss, weil diese IV-Finanzierung befristet ist. Bei einem Nein sind diese 0,3 Prozente verloren. Die Unternehmen müssten die MWSt von heute 8,0 auf 7,7 Prozent senken.

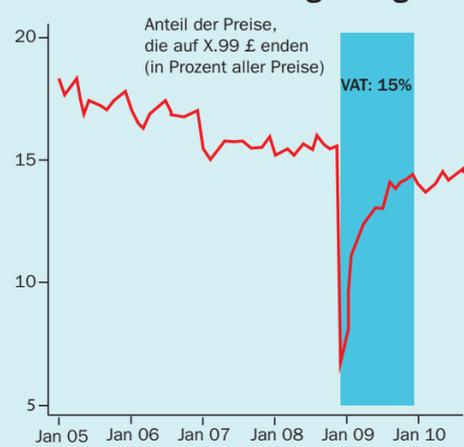
PREISE SINKEN NICHT. Doch das ist Theorie. Denn die Erfahrung zeigt, dass die Firmen Senkungen nicht oder nur unvollständig weitergeben. Die Preise sinken deshalb kaum. Weil die Unternehmen eine gewisse Marktmacht gegenüber den Konsumentin-

nen und Konsumenten haben. Insbesondere im relativ konzentrierten Schweizer Detailhandel. Sogar im preissensibleren England haben die Firmen ihre Preise nach der MWSt-Senkung rasch wieder auf das frühere Niveau erhöht und die Differenz in die eigene Kasse abgezweigt. Das zeigen Studien. Im Dezember 2008 senkte die Regierung die MWSt, um den Konsum und somit die Inlandkonjunktur anzukurbeln. Doch die Massnahme verpuffte. Zwar haben die Firmen ihre Preise am Anfang kurz gesenkt, weil der politische Druck gross war. Doch bereits nach wenigen Monaten haben sie sie wieder nach oben korrigiert. Der Anteil der Produkte mit einem Preis, der auf «,99» endete, stieg beispielsweise fast wieder auf das frühere Niveau (siehe Grafik).

MILLIARDE «VERSCHWINDET». Bei einem Nein zur AV 2020 wird es mehrere Jahre brauchen, bis Bundes-

rat und Parlament einen neuen Vorschlag für die AHV-Finanzierung ausgearbeitet haben. Auch deshalb, weil ein Nein zur Reform schwierig zu interpretieren ist. Es kann Verschiedenes heissen: etwa kein zusätzliches Geld für die AHV, dafür Rentenerhöhung bis 67 (Plan B der FDP) oder keine Erhöhung des Frauenrentenalters. Mit jedem Jahr, das so verloren geht, werden die Firmen bis zu einer Milliarde Franken auf Kosten der AHV und der Privathaushalte einkassieren können. Geld, das der AHV, den Arbeitnehmenden und den Rentnerin-

Mehrwertsteuersenkung in England



nen und Rentnern für immer fehlen wird. Das darf nicht sein.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Fotoband

Gastarbeiter-geschichten

Wie lebten die «Gastarbeiter» aus Italien? Wie richteten sie sich in der Schweiz ein? Ihr unbekanntes Leben in einer neuen, anfangs feindlich gesinnten Heimat dokumentiert und würdigt der kürzlich erschienene Fotoband «Grazie a voi» (Limmat-Verlag). Er zeigt anhand von Privatfotos, wie die Nachkriegsmigration aus Italien ihre Kultur entfaltet und die Schweiz veränderte. Die Macherinnen und Macher des Buchs berichten im Sozialarchiv Zürich über ihre Arbeit und führen Gespräche mit Zeitzeugen. Dazu zeigt das Sozialarchiv interessante Dokumente zum Thema aus den eigenen Beständen.

Donnerstag, 14. September, 18.30 bis 20 Uhr im Medienraum des Sozialarchivs Zürich. Teilnahme kostenlos.



Das offene Ohr

Regula Dick
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Kündigung mit 61: Sofort bei der Arbeitslosenkasse anmelden?

Ich arbeite seit 15 Jahren als Elektriker in einem kleinen Familienbetrieb. Am 3. Oktober werde ich 61. Die Vorfreude auf die Geburtstagsfeier hat mir mein Chef aber gründlich verdorben. Weil er keinen Käufer gefunden hat, löst er die Firma auf und hat mir und den zwei Kollegen auf Ende August fristgerecht gekündigt. In meinem Alter habe ich einen schweren Stand auf dem Arbeitsmarkt. Ein Kollege hat mir nun geraten, mich unverzüglich bei der Arbeitslosenkasse anzumelden, um eine Einkommenslücke zu vermeiden. Ist das ein guter Rat?

REGULA DICK: Nein, in Ihrem Fall ist das ein schlechter Rat. Es lohnt sich für Sie, mit der Anmeldung bei der Arbeitslosenkasse noch bis am 3. Oktober zu warten. Wenn Sie sich frühestens vier Jahre vor Ihrem ordentlichen Rentenalter bei der



Arbeitslosenkasse anmelden, erhalten Sie zu Ihrem ordentlichen Anspruch auf Taggelder zusätzliche 120 hinzu. Ausserdem können Sie Ihre Taggelder nicht nur wie üblich während der nächsten zwei Jahre, sondern während vier Jahren (beziehungsweise bis zur ordentlichen Pensionierung) beziehen. Für Sie heisst das: Sie haben während der letzten zwei Jahre vor der Kündigung durchgängig gearbeitet und sich so die notwendigen Beitragsmonate für 520 Taggelder erworben. Zu diesen kommen nun altersbedingt noch 120 Taggelder hinzu. Ihr Taggeldanspruch beträgt also 640 Tage. Diese können Sie in der Zeit bis zu Ihrer Pensionierung mit 65 beziehen.

Selbständig: Kein Anspruch auf Arbeitslosengeld?

Ich arbeite seit zehn Jahren als Schneiderin in einem Fachgeschäft. Meine Leidenschaft ist jedoch die Fotografie. In letzter Zeit habe ich immer grössere Aufträge erhalten und bin nun drauf und dran, mir meinen Traum von der Selbständigkeit zu erfüllen. Gleichzeitig habe ich Angst: Was ist, wenn es mit der freiberuflichen Tätigkeit dann doch nicht klappt? Ich habe gehört, als Selbständige hätte ich keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. Stimmt das?

REGULA DICK: Nein. Sie haben noch eine Zeitlang Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, wenn Sie die Selbständigkeit wieder aufgeben müssen. Die Regel heisst: Wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Anmeldung bei der Arbeitslosenkasse (das ist die sogenannte Rahmenfrist für die Beitragszeit) mindestens 12 Monate Beitragszeit vorweisen kann, hat Anrecht auf Arbeitslosenentschädigung. Geben nun Selbständig-erwerbende ihre Selbständigkeit auf, verlängert sich die Rahmenfrist für die Beitragszeit um die Dauer der Selbständigkeit, aber längstens um zwei Jahre. Die erwähnten 12 Beitragsmonate müssen innerhalb dieser verlängerten Rahmenfrist nachweisbar sein. Das bedeutet für Sie konkret: Sofern Sie Ihre Selbständigkeit spätestens 3 Jahre nach Beendigung Ihres Arbeitsverhältnisses aufgeben und sich bei der Arbeitslosenkasse anmelden, bleibt Ihr Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung gewahrt. Sind Sie allerdings länger als 3 Jahre selbständig und sehen sich gezwungen, Ihre Tätigkeit als Fotografin wieder aufzugeben, können Sie nicht mehr bei der Arbeitslosenkasse anknüpfen.

Kommunikation verschlüsseln: Keine Chance für ungebetene Mitleser

So schlagen Sie Schnüfflern

Ab 1. September liest vielleicht der Geheimdienst mit, wenn Sie digitale Nachrichten versenden. work sagt Ihnen, wie Sie Ihre E-Mails und Chats verschlüsseln können.

PHILIPPE WENGER

XuNrtsx1GDJxD8+A1j19/Sv9Wbex4y4F8gMuvv, schrieb ich einer Kollegin per E-Mail. Sie war damit nicht einverstanden und schlug deshalb vor: WHR8psbQSFQ4W-CLhgkikhqIZVxbHMNB2itp. Sie verstehen nicht, was wir da besprochen haben? Das ist der Sinn der Sache: Meine Kollegin und ich verschlüsseln unseren E-Mail-Verkehr.

Am 1. September tritt das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) in Kraft. Ab diesem Datum darf der Schweizer Geheimdienst die grenzüberschreitende Internetkommunikation überwachen. Falls Sie ein Konto bei Gmail, GMX oder Hotmail haben, mailen Sie

Verschlüsselung von E-Mails ist keine Hexerei.

bereits über das Ausland. Aber auch, wenn Ihr E-Mail an eine Person geht, die ein solches Konto hat. Aus diesem Anlass möchten wir Ihnen ein Mittel in die Hand geben, um Ihre Privatsphäre besser zu schützen: die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung Ihrer E-Mail- und Handy-Kommunikation.

Bevor Sie loslegen: Wenn Sie während der Einrichtung auf Hindernisse oder Fragen stossen, nutzen Sie das Internet! Besuchen Sie die Websites der Anbieter, oder tippen Sie Ihr Problem in Ihre Suchmaschine. Zum Beispiel: «Welche E-Mail-Anbieter funktionieren über Thunderbird?» Zu 99,9 Prozent hat jemand Ihr Problem bereits gehabt und lösen können.

DAS VORGEHEN AM COMPI

Die Verschlüsselung von E-Mails ist in den letzten Jahren viel einfacher geworden. work schlägt Ihnen eine Verbindung aus drei Teilen vor:

1. Das E-Mail-Programm Thunderbird. Dies ist ein normales Mailprogramm, das Ihre E-Mails auf dem Computer verarbeitet.

2. Das Kryptographiesystem GnuPG. Dieses nimmt die Verschlüsselung vor.

3. Die Thunderbird-Erweiterung Enigmail. Sie verbindet GnuPG mit Thunderbird.

Eine Alternative ist das Schweizer Projekt Pretty Easy Privacy (zu deutsch: ziemlich einfache Privatsphäre). Aktuell deckt dieses aber noch nicht alle Plattformen ab.

Und jetzt setzen Sie sich am besten vor Ihren Computer:

1. Gehen Sie auf www.mozilla.org/de/thunderbird, und laden Sie das Ihrem System entsprechende Paket herunter. Linux-Nutzer können über die Paketverwaltung gehen. Folgen Sie dem Installationsassistenten. Sie sollten am Ende Ihren gesamten E-Mail-Verkehr über Thunderbird abwickeln können.

2. Windows-Nutzerinnen und -nutzer müssen unter gpg4win.org GnuPG herunterladen. Installieren Sie das System. Wählen Sie überall die vorgeschlagenen Optionen. Linux-User haben GnuPG bereits, und für Mac-User übernimmt Enigmail später die Installation.

3. Öffnen Sie Thunderbird und klicken Sie oben rechts auf die drei Querbalken, die das Menu symbolisieren. Dort klicken Sie auf Add-Ons, worauf ein neuer Reiter (Tab) aufgeht. Auf seiner linken Seite klicken Sie auf Erweiterungen und suchen nach Enigmail. Installieren Sie das Add-On.

Nun müssen Sie Thunderbird neu starten. Danach sollte Enigmail den Einrichtungsassistenten aufrufen. Ist dies nicht der Fall, gehen Sie wieder über die drei Querbalken und dort auf Enigmail und wählen dann den Einrichtungsassistenten. Wählen Sie die Standardkonfiguration, die praktisch alles für Sie erledigt.



Nun sind Sie in der Lage, E-Mails zu verschlüsseln. Sie brauchen aber ein Gegenüber, das mitmacht. Am einfachsten schicken Sie all Ihren Freunden ein E-Mail, an das Sie Ihren öffentlichen Schlüssel anhängen (ein Klick beim Verfassen einer neuen Mail). Auch laden Sie Ihren Schlüssel auf den Schlüsselservers hoch (Menu ▶

Enigmail ▶ Schlüsselverwaltung ▶ den eigenen Schlüssel anwählen ▶ Schlüsselservers ▶ öffentlichen Schlüssel hochladen). Nun können Sie von anderen gefunden werden.

AM HANDY SCHWIERIGER

E-Mails auf dem Handy verschlüsseln ist nicht so einfach wie am Computer. Zumindest Android-



VERTRAUEN IST GUT, KONTROLLE IST BESSER: Entgegen der Weisung im Krankenversicherungs-gesetz sind Arztrechnungen für Laien meist unverständlich. FOTO: ISTOCK

Wie Sie Ihre Arztrechnung lesen Entziffern Sie den

Verstehen Sie Tarmed? Eine Lesehilfe für Ihre Arztrechnungen.

SINA BÜHLER

Der Bundesrat hat im August den Tarmed neu festgelegt. Tarmed, der Tarif für ambulante medizinische Leistungen, legt fest, wie viel Arztpraxen und Gesundheitszentren für ihre Arbeit verrechnen dürfen. Eigentlich ist er eine Verhandlungssache zwischen Ärzten und Krankenkassen. Wir Patientinnen und Patienten haben meist dann mit dem Tarmed zu tun, wenn wir die Rechnung für eine Behandlung erhalten – eine Auflistung, die vor allem Rätsel aufgibt. Dabei heisst es im Krankenversicherungsgesetz: «Der Leistungserbringer muss dem Schuldner eine de-

taillierte und verständliche Rechnung zustellen.» Ohne zusätzliche Lesehilfe ist das aber nicht möglich. Hier ist sie:

KONTROLLPUNKTE. Überprüfen Sie, ob die Rechnung überhaupt an Sie gehen soll beziehungsweise ob sie von Ärzten oder Ärztinnen ausgestellt worden ist, bei denen Sie tatsächlich auch in Behandlung sind. Stimmen die Behandlungsdaten? Achtung: Auch telefonische Beratungen werden verrechnet.

Stimmt der Behandlungsgrund? Ob hier Krankheit, Mutterschaft, Unfall oder Vorsorge steht, spielt bei der Kostenübernahme durch die Krankenkasse eine grosse Rolle.

Die Vergütungsart TG (Tiers garant) heisst: Sie bezah-

ein Schnippchen

lerdings noch im Entwicklerstatus. iPhone-User müssen sich noch gedulden.

PRINZIP HOFFNUNG

Zum Chatten benützen viele WhatsApp, das nach eigenen Angaben Ende-Zu-Ende-verschlüsselt ist. Allerdings hat Facebook (zu dem WhatsApp gehört) in der Vergangenheit mehrfach Versprechen gebrochen. Wer WhatsApp als sicheren Kanal nutzt, setzt also auf das Prinzip Hoffnung.

Von der Funktionsweise ähnlich wie WhatsApp sind Wire, Signal und Threema. Diese drei haben von der Digitalen Gesellschaft Schweiz, einem Verein für Grund- und Bürgerrechte, gute Noten erhalten. Die App Threema kostet einmalig ein paar Franken. Wire und Signal sind kostenlos, und sie haben einen offenen Quellcode. Das heisst, Fachleute können erkennen, wie das Programm funktioniert. Wire hat seinen Hauptsitz in der Schweiz, was in Sachen Datenschutz ein Vorteil sein kann. Signal hat viele prominente Fürsprecher wie etwa den Whistleblower Edward Snowden.

WORKTIPP

PRIVATSPHÄRE BESSER SCHÜTZEN

Wer seine Privatsphäre im Netz schützen will, hat mächtige Instrumente zur Hand: gratis und mit vielen Tausend Helfern, die mit Rat zur Seite stehen. Fragen Sie Ihre Suchmaschine! Auch ein guter Einstieg ins Thema ist die Website der Digitalen Gesellschaft Schweiz unter www.digitale-gesellschaft.ch. Die Wochenzeitung (WOZ) hat ihrer aktuellen Ausgabe vom 31. August ein kleines Heft beigelegt, das sich vertieft mit dem Thema Privatsphäre im Netz auseinandersetzt. Erhältlich ist es am Kiosk oder unter www.woz.ch.

KEINE CHANCE FÜR BIG BROTHER: Damit Privates privat bleibt, lohnt es sich, E-Mails und Chats vor den Augen ungebeter Mitleser zu verbergen.

FOTO: SHUTTERSTOCK

SICHERHEIT GEHT VOR MACHEN SIE ZEICHENSALAT

Verschlüsselungsverfahren gibt es einige. Das Prinzip, das die höchste Sicherheit bietet, ist die sogenannte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Sie heisst so, weil die Nachricht vom Absender bis zum Empfänger ohne Unterbruch verschlüsselt ist und nicht nur auf Teilstrecken. Dabei verfügt jede Teilnehmerin über zwei Schlüssel: einen öffentlichen und einen privaten. Sie als User können nun Ihren öffentlichen Schlüssel so verbreiten, wie Sie möchten. Wer immer diesen erhält, kann damit eine Nachricht an Sie in einen unlesbaren Zeichensalat verwandeln und Ihnen zuschicken. Die Nachricht kann nur mit Ihrem privaten Schlüssel wieder lesbar gemacht werden.

SICHER IST SICHER. Es ist unbedingt notwendig, dass dieser Schlüssel auf einem sicheren System gespeichert ist. Sie sollten deshalb Ihren Computer oder Ihr Handy stets auf dem aktuellsten Stand halten, keine dubiosen Programme installieren und zuverlässige Passwörter verwenden. Ob ein Programm vertrauenswürdig ist, prüfen Sie am besten mit den Nutzerbewertungen und mittels Testberichten, die Sie im Internet finden. Zuverlässige Passphrasen haben eine gewisse Länge (10 Zeichen sind zu wenig) und sind einigermaßen «zufällig». Merken können Sie sich das Passwort, indem Sie einen kuriosen Satz dafür nutzen. Etwa so: «Erklaut:LAUWARMESBIER».

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SPEICHER VOLL? Filme, Videos und Grafiken können den eingebauten Speicher schnell ans Limit bringen. Mit ein paar einfachen Tricks lässt sich dieser jedoch vergrössern. FOTO: ISTOCK

Handy-Speicher: So gibt's mehr Platz.

Handys mit kleinem Speicher kommen schnell an ihre Grenzen: Apps, Fotos und Filme füllen den eingebauten Speicher schnell. Viele Smartphones lassen sich mit Speicherkarten, sogenannten SD-Karten, erweitern. Bei den anderen Modellen geht's mit Spezialzubehör. Und zwar so:

FÜR ANDROID-HANDYS: Am kleinen USB-Anschluss des Smartphones können Sie einen speziellen USB-Stick anschliessen. Er hat einen Schlitz für SD-Karten. Solche Sticks kosten zwischen 6 und 20 Franken. Sie finden sie etwa auf toppreise.ch mit dem Suchbegriff «Kartenleser für Smartphone». Praktisch: Der Stick lässt sich auch mit einem PC verwenden. So können Sie Daten direkt vom Handy auf den Computer kopieren.

Viele Smartphones lassen sich mit Speicherkarten erweitern.

Achtung: Der Stick funktioniert nur mit Handys, die OTG-tauglich sind. OTG steht für «On the go». Ob das Handy OTG-tauglich ist, steht in der Gebrauchsanweisung.

FÜR IPHONES: iPhones haben keinen USB-Anschluss. Daher braucht es Kartenleser mit einem Spezialstecker. Der Kartenleser von Apple wird mit einem Kabel mit dem iPhone oder iPad verbunden. Handlicher ist der Speicherstick «iXpand» von Sandisk. Er ist klein und stört weniger als andere Modelle. In den Stick kann man keine SD-Karte schieben. Der Zusatzspeicher ist darin eingebaut. Er kostet je nach Speicherplatz zwischen 38 und 84 Franken. MARC MAIR-NOACK

Nutzer können die Krypto-App APG installieren und dort einen Schlüssel importieren (am besten den gleichen, den man auf dem Compi erstellt hat) oder neu erstellen.

Anschliessend installiert man die «K-9-Mail»-App, so dass man seine Mails darüber bearbeiten kann. In den Kontoeinstellungen aktivieren Sie APG und können dann auch übers Handy verschlüsselt mailen. Auch Pretty Easy Privacy ist für Android verfügbar, al-

Code der Krankenkassen

len selber und reichen der Kasse den Rückforderungsbeleg ein. TP (Tiers payant) bedeutet, die Rechnung geht direkt an die Versicherung.

Die Diagnose ist codiert und besteht aus einem Buchstaben sowie einer Zahl, dem sogenannten Tessinercode, der sehr breit gefasst ist. D1 steht bei-

Diagnosen bestehen aus einem Buchstaben und einer Zahl.

spielsweise für Muskeln/Sehnen. Die ganze Liste finden Sie unter: rebrand.ly/diagnose.

Der einfachste Teil der Kontrolle betrifft die Medikamente, die Ihnen direkt mitgegeben worden sind: Stimmt die Menge?

Was im Labor untersucht wurde, hat unter «Tarif» meist die Ziffer 316. Auch hier sind die Kosten für die Leistung klar festgelegt, auf der Analysenliste des Bundesamtes für Gesundheit (BAG): rebrand.ly/Analysenliste.

MINUTENTAKT. Der mühsamste Teil des Nachrechnens betrifft die Konsultationsminuten. Wie lange waren Sie am Termin? Stimmt das in etwa mit den verrechneten Minuten überein? Zählen Sie zusammen.

Achtung: Der Tarmed hat dafür drei verschiedene Tarife: einen für die ersten fünf Minuten der Konsultation, einer für die letzten fünf Minuten der Konsultation und einen für jeden weiteren Fünfminutenschritt dazwischen.

● **TP AL** ist der Taxpunkt der ärztlichen Leistung. Es gibt eine schweizweit gültige Liste für 4600 verschiedene ärztliche Leistungen.

● **TPW AL**, der Taxpunktwert der ärztlichen Leistung, wird durch die Kantone festgelegt. Eine Liste finden Sie hier: rebrand.ly/taxpunktwerte.

● **TPW TL** ist der Taxpunktwert der technischen Leistung. Er muss gleich hoch sein wie der TPW AL.

● **TP TL** für die technische Leistung, vergütet die Infrastruktur und das Assistenzpersonal. Er beträgt schweizweit 8.19.

Stimmt die Rechnung nicht? Melden Sie sich bei Ihrer Ärztin oder Ihrem Arzt. Sind diese nicht bereit, die Rechnung zu ändern, informieren Sie Ihre Krankenkasse.

TARMED DIE APP DAZU

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat eine Software entwickelt, welche die Tarmed-Rechnungen für Laien übersichtlicher darstellt und übersetzt. Dabei kommen nur noch acht Kategorien zur Anwendung: Untersuchungsgespräche, Untersuchung, Leistungen in Abwesenheit des Patienten, Material, Pauschalen, Medikamente und Labor. Die Suva bietet dazu ab Herbst eine Handy-Applikation an. rebrand.ly/zhaw

Lauf gegen Rassismus Zürich rennt

Am 17. September sammeln Läuferinnen und Läufer in Zürich für Sozial- und Integrationsprojekte. Runde um Runde.

SINA BÜHLER

Sie rennen auf der Bäckeranlage im Zürcher Kreis 4. Und mit jedem Schritt verdienen sie Geld. Der Zürcher Gewerkschaftsbund ist Mitorganisator, und die Unia ist Gönnerin des Laufs gegen Rassismus, der schon seit 20 Jahren stattfindet. Die Läuferinnen und Läufer suchen im Vorfeld Gönner, die ihnen für jede gerannte Runde einen bestimmten Geldbetrag versprechen. Je länger sie durchhalten, desto mehr Geld kommt in die Kasse – und damit verschiedenen Organisationen

zugute, die sich gegen Rassismus engagieren. Letztes Jahr sammelten 300 Läuferinnen rund 100 000 Franken für Sozial- und Integrationsprojekte.

2017 geht die Spende an die Sans-papiers-Anlaufstelle SPAZ, die Freiplatzaktion, das Arbeiterhilfswerk SAH und die Autonome Schule Zürich. Anmelden können sich Kinder und Erwachsene, einzeln oder als Team, die Runden können sie rennen oder walken.

Eine Anmeldung ist bis 15 Minuten vor dem Start möglich. Das Startgeld beträgt 35 Franken. Günstiger: eine Voranmeldung unter www.laufgegenrassismus.ch.



workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 13
Das Lösungswort lautet: **ARBEITSWELTEN**



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks,
hat gewonnen: **Familie Di Marta-Reuter,**
Windsch AG. Herzlichen Glückwunsch!

sie dient zum Braten	Lampart in work über seine Überbewertung	Diesel... (D) mit Chancen, so work	3	äusserst, ausserordentlich	größte deutsche Insel	11	bauchig geformtes Gefäss	Versteigerung, z.B. Bauernhof	fliest durch Tarasp	Hauptstadt von Libanon	die erfolgreichsten Tessiner (in work)	gehen, wie Briten sagen	Träger einer Erbanlage
Register-tonne, kurz		er arbeitet auf d. Alp		best. männl. Artikel	europ. Staat m. Hauptstadt Kiew		es läuft nicht gut bei Sulzer Pump ...	6	chem. Zeichen f. Nickel	Osttirol: Nebenfluss der Drau	Sängerin aus dem Wallis	war einst grösster Plattenverlag	
sie fährt in Basel über den Rhein	Abk. f. Innenminister			Autokennzeichen v. Gossau	Ich, oft ein betontes	8	Lust, Neigung		grosse Menschen wie im Märchen				Verban-nung
Heilbehandlung		anderes Wort für Schnaps		Sauerstoffverbindung	Schicksal				jüngerer Teen		2		
Top-Level-Domain Guineas	5	afrik. Staat, grenzt im Westen an Ghana			Spirituose aus Zuckerrohr				roter Korund (Edelstein)	1	port.: Mond		unge-schriebenes Verbot
Selbstmord	Ziegler: verhindert dies!	Autokennzeichen v. Oberegg		kurz für Südost	frei stehende Plastik		im Nofall, abgekürzt		man nennt ihn auch Weisswal		Stadt in Süditalien	Schwarm-fisch mit scharfen Zähnen	
9					Editorial über dieses Päckli	Vorläufer der EU	10	kalter Wind, typisch Schweiz			D.e. = er ent-wendet Dinge		engl.: Freund ohne i
Unsinn	Grün in der Wüste	ein solch kahler Head		ein Milliardstel	engl.: streifen, streichen					Thema bei Offenes Ohr: auf ...			
it. Stadt und Spumante	Tinten-fisch				Dorf im hinteren Semfital (GL)		Abk. für Festnetz	Grosser Preis, kurz geraten		eines wie Bambi	Zahlwort aus den USA	7	
		4	skand. männl. Vorname			franz.: sich	Plausch, wie man auch sagt		sie wird nun von Bauern ein-gebracht				
Rentenreform: da profitieren die Kleinen						Internet-adresse v. Nigeria		verzwei-felt um etwas bitten					
						Alp für Deutsche			12	mit ihr halten wir Sachen			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 8. September 2017

INSERAT

Renten sichern. AHV stärken.

2x **JA** zur Rentenreform am 24. September

Am 24. September stellen wir die Weichen für die Zukunft der Altersversicherung. Die Rentenreform stärkt die solidarisch finanzierte AHV und sichert das Rentenniveau. Sie macht jenen einen Strich durch die Rechnung, welche die AHV schwächen und das Rentenalter für alle auf 67 Jahre und mehr erhöhen wollen. Deshalb unbedingt 2x Ja stimmen!

www.unia.ch/AV2020

UNIA

WORKLESERFOTO



Das Rad der Zeit dreht sich auch nachts

WANN 7. August 2017
 WO Thun
 WAS Riesenrad am Mühleplatz
 Eingesandt von **Walter Winkler, Thun**

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

**WORK 13 / 18.8.2017:
 JETZT MÜSSEN AUCH DIE LÖHNE STEIGEN**

Büezer legen sowieso drauf

Die Gewerkschaften verlangen je nach Branche 1,5 bis 2 Prozent mehr Lohn. Das ist alles andere als übertrieben. Denn das Leben von Leuten mit normalen Löhnen wird seit Jahren teurer, als die offiziellen Teuerungszahlen ausweisen. Wichtige Budgetposten werden darin nämlich gar nicht erfasst. Allein die explodierenden Krankenkassenprämien fressen einen immer grösseren Teil des verfügbaren Einkommens. Gleichzeitig kürzen viele Kantone das Geld für Prämienverbilligungen. Mehr Lohn ist dringend nötig – und eine Beschränkung der Krankenkassenprämien auf höchstens 10 Prozent des Einkommens.

RETO CASUTTI, ZÜRICH

**WORK 13 / 18.8.2017:
 GEBERIT MIT TOP-SOZIALPLAN**

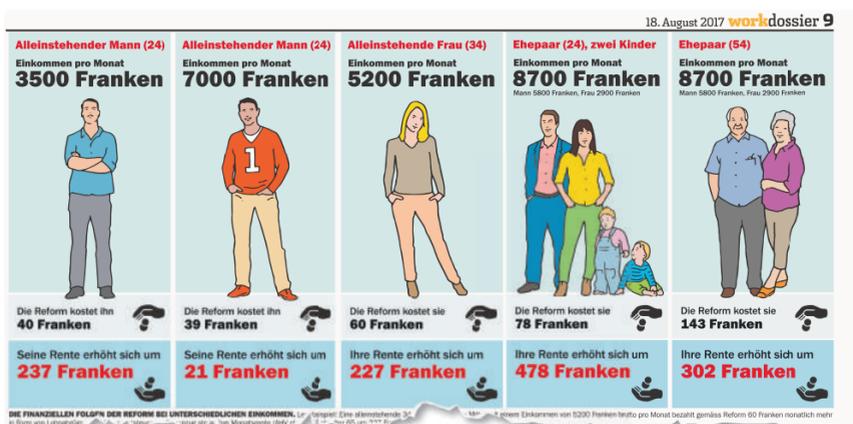
Starker Arm

«Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will», heisst es in einem berühmten Arbeiterlied. Die Räder bei Geberit stehen zwar nicht still, aber die französischen Kolleginnen und Kollegen haben den Konzernmanagern gehörig in die Speichen gegriffen. So einfach und billig, wie es sich die Manager wünschten, können sie die Fabriken nicht schliessen, um die Jobs in Billiglohnländer zu verlegen. Die Herren mussten lernen: profitgetriebene Kahlschlagpolitik kann die Besitzenden teuer zu stehen kommen! Das Beispiel zeigt: Gewerkschaftlicher Kampf lohnt sich. Wenn er zudem so phantasievoll geführt wird, wie von den Galliern vor der Geberit-Zentrale in Rapperswil-Jona SG, macht er erst noch Spass.

MARGRIT ALDER, ST. GALLEN

WORKFRAGE VOM 18.8.2017

Was halten Sie von der Altersreform 2020?



DAS BESTE SOZIALWERK
 Unsere Eltern, Grosseltern, Urgrosseltern, die 1948 erstmals die AHV erhielten, hatten sie je einen Franken einbezahlt? Nein! Waren sie deshalb Schmarotzer? Nein! Sie haben ein Gemeinwesen mit einer Top-Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Energie usw.) aufgebaut und über all die Jahre verbessert und weiterentwickelt. Sie haben ihre AHV redlich verdient. Dies nennt man Generationenvertrag. Wenn der jungen Generation seit Jahren eingebleut wird, dass sie dereinst keine Renten mehr zu gewärtigen hätte, um sie gegen die AHV aufzubringen, schreibe ich dieser ins Stammbuch: Die Zeit bleibt nicht stehen. In einem der reichsten Länder der Welt wird es wohl einen Weg geben, diese Herausforderungen einer Lösung zuzuführen. Dazu braucht es aber Gemeinsinn und den politischen Willen, als Solidargemeinschaft zusammenzustehen. Mit der AHV ist ein solides Fundament für die

Zukunft gelegt. Deshalb empfehle ich allen Generationen, am 24. September zweimal ein überzeugtes Ja für die AHV einzulegen.

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH

DROHENDER SCHERBENHAUFEN
 Mit viel Geld und Angstmacherei wollen die meisten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, die FDP und die generell wenig soziale SVP ein Nein und damit einen Scherbenhaufen erzwingen. Rosstäuschertricks sollen dabei helfen: So verspricht die FDP, es könnten in Einzelschritten – statt einer komplizierten Gesamtlösung – umgehend «unbestrittene technische Massnahmen» umgesetzt werden. Nur: Wo, welche und bei wem findet die FDP solche? Sollen das etwa ein tieferer Umwandlungssatz für Pensionskassenrenten oder das höhere Rentenalter für Frauen sein? Oder aber doch die generelle Heraufsetzung des Rentenalters oder gar Kürzungen sowohl bei den bestehenden als noch zusätzliche bei den neuen Renten?

Ein Nein zur Altersreform 2020 garantiert erstens, dass es nachher zu lähmendem, endlosem Streit kommen wird. Und zweitens, dass dies schliesslich Notmassnahmen erzwingen wird. Diese werden dann aber für uns alle höhere Kosten bei schlechteren Leistungen bringen.

KARL GMÜNDER, HORGEN ZH

SCHREIENDE UNGERECHTIGKEIT
 Ich habe gelesen, dass bei dieser Reform der AHV-befreite Einkommensbetrag für Senioren wegfallen würde. Ich arbeite mit 73 Jahren noch Teilzeit, bezahle aber keine AHV, weil mein monatliches Einkommen unter 1400 Franken liegt. Das würde sich mit der Reform offenbar ändern. Und das macht mich sehr sauer. Mir fehlen einige Beitragsjahre, die ich im Ausland verbrachte und während deren ich auch mein erstes Kind bekam. Obwohl ich danach immer berufstätig war und bis zum 66. Altersjahr AHV-Beiträge bezahlt habe, werden mir die nach 64 bezahlten Beiträge nicht ange-

rechnet, die fehlenden Beitragsjahre aber werden abgezogen. Ich erhalte deshalb nicht die volle AHV-Rente – eine schreiende Ungerechtigkeit!

ELISABETH WEIK, REINACH AG

FÜR BAUERN UND BÜEZER
 Schwer verständlich, dass sich ausgerechnet die Spitze der Bauernpartei SVP gegen die Rentenrevision 2020 stemmt. Das von rechtsausen angestrebte höhere Pensionierungsalter (zunächst 67 Jahre, später noch höher) ist für streng körperlich Arbeitende unzumutbar. Die am 24. September präsentierte Lösung ist ein solidarischer Vorschlag für Bauern, Arbeiter und Angestellte. Die AHV braucht die Unterstützung von uns allen, auch von den oberen Einkommensklassen. Verzichten wir auf egoistisches Fränkizählen.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

AVIVO ZÜRICH UND BASEL: 2 JA!
 Über die Köpfe der Basis hinweg beschloss die nationale Leitung der RentnerInnenorganisation AVIVO die Nein-Parole für die Abstimmung vom 24. September. Die Basis der AVIVO Basel hat diesen Entscheid verurteilt und kämpft für ein Ja. Jetzt hat sich auch eine klare Mehrheit der AVIVO Zürich für die Rentenreform ausgesprochen. Noch ein Wort zur Mehrwertsteuerbelastung (zusätzliche 0,3 Prozent ab 2021): Sollte diese leichte Anhebung tatsächlich auf die Preise durchschlagen, wird der geniale Mischindex den Teuerungsverlust auf der AHV-Rente ausgleichen. Bei einem Nein zur Reform wäre jedoch genau dieser Mischindex akut gefährdet. Ihn will die Rechte abschiessen!

CHRISTOPH LIPS, AVIVO-MITGLIED, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

workwort

Maus

«Maus» ist eigentlich ein schönes Wort. Maus ist aber auch ein Peripheriegerät zum Computer, ich weiss, es tönt unschön: Maus als Peripherie – das ist ungerecht. Maus als Schnittstelle: schon besser. Obschon mir unklar ist, wo denn die Maus schneiden kann. Die Maus als Messer – scharf, aber eben: so ist noch nichts geschnitten. Da lob ich mir die andere Maus, mit der ich zum Beispiel ein Kabel durchnagen, einen Stromunterbruch erzeugen, einen Absturz provozieren kann. Aber warum denn so negativ? Immerhin ist der Menschen liebstes Tier die Maus – die Kosemaus, die Maus, die nur mir gehört. Gell Maus! Wir Mäuse halten zusammen, da kommt kein Hämmerchen dazwischen. Ach Mauslein, wie schön, dass es dich gibt, du bist und bleibst meine ganz spezielle Hausmaus, Mäuschen, du!

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «workwort».

ANDREAS RIEGER
DER SPÄT-68ER

Schon als Gymnasiast in Engelberg und Altdorf war Andreas Rieger politisch aktiv. Erst recht als Student der Sozialpädagogik. Damals betätigte sich der 1952 geborene Zürcher in der trotzkistischen Linkspartei SAP. Über den VPOD stiess er 1992 zur Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) als Bildungsverantwortlicher. Dann nahm er Projekte an die Hand, etwa die Zeitungen work und Area sowie den Aufbau einer neuen Dienstleistungsgewerkschaft. Die kleine «unia» wurde schliesslich zur Vorläuferin der grossen. Und Rieger zu einem der Väter der heutigen Unia.

EUROPA. Rieger arbeitete eng mit dem damaligen GBI- und späteren Unia-Präsidenten Vasco Pedrina zusammen. Dieser pflegte augenzwinkernd über seinen damaligen Sekretär zu sagen, er sei «mein Suslow», nach dem gleichnamigen Chefideologen der sowjetischen KPdSU. Doch Rieger mag diesen Vergleich nicht. So oder so: Als Strategie bestimmte Rieger den gewerkschaftlichen Gang der Dinge massgeblich mit, auch im Gewerkschaftsbund. Eines der durchschlagendsten Projekte war die Kampagne «Kein Lohn unter 3000 Franken» Ende der 1990er Jahre.

2006 wurde Rieger Co-Präsident der Unia. Zusammen mit Renzo Ambrosetti leitete er die Unia bis 2012. Danach war Rieger in einem kleinen Teilpensum für die Unia tätig. So als Vertreter in der Dienstleistungs-Internationale UNI oder im Europäischen Gewerkschaftsbund. Politisch bleibt er weiterhin aktiv, etwa bei der Konzernverantwortungsinitiative und beim Erwachsenenbildungsinstitut Ecap.



Gewerkschafter **Andreas Rieger** geht in Pension. In Raten.

«Turbulenzen gab es immer»

Andreas Rieger ist einer der Väter der Unia. Und von work. Jetzt, mit 65, will der Spät-68er etwas kürzer treten.

RALPH HUG | FOTOS JASMIN FREI

«Andi», wie ihn alle nennen, bittet demnächst zum Abschiedsapéro. Viele werden dann in die Berner Unia-Zentrale kommen. Dies, obwohl Rieger schon vor fünf Jahren aus dem Unia-Co-Präsidium ausgeschieden ist und seit drei Jahren keine Leitungsverantwortung mehr hat. Aber er blieb in der Gewerkschaft präsent – als Impulsgeber, Denker und Analytiker. Gerade stellt er als Herausgeber ein neues Unia-Buch fertig: «Streiks im 21. Jahrhundert». Es erscheint im Dezember in drei Sprachen. Darin demontiert er den Mythos der streikfreien Schweiz

und zeigt die komplexe Realität der Arbeitskämpfe auf. Ein zentrales Thema, das ihn seit vielen Jahren beschäftigt. Für ihn ist die Arbeiterbewegung nur durchsetzungsfähig, wenn sie auch kämpfen kann. Dafür hat er sich stets eingesetzt, und zwar seit er 1992 zur Bau- und Industriegewerkschaft GBI gestossen ist (siehe Box).

BLICK ZURÜCK. 65 ist Rieger schon im März geworden. Er bezieht AHV, aber ruhiger geworden ist er keineswegs. work trifft ihn in einem schmalen Büro am ehemaligen Unia-Hauptsitz in Zürich. Er teilt es noch einige Wochen mit Vasco Pedrina, seinem politischen Weggefährten und dem ersten Unia-Präsidenten. Beide aus der 68er Bewegung, verkörpern sie eine ganze Generation Gewerk-

schaftsgeschichte. Heute sind sie unter anderem damit beschäftigt, ihre Erfahrungen festzuhalten. Rieger: «Damit sie für die Jungen nicht verloren gehen.»

Blickt er auf fünfzehn Jahre Unia zurück, so ist Rieger «happy». Viele hätten bei der Gründung prophezeit, die Fusion von Smuv und GBI ergebe einen trägen Tanker. Bürokratisch, schwerfällig, immobil. «Diese Befürchtungen waren falsch.» Die Unia sei munter, vital, kämpferisch und wisse sich Respekt zu verschaffen. Angesprochen auf die internen Turbulenzen der letzten Zeit, winkt Rieger ab: «Solche hat es immer gegeben. Manchmal stand einfach weniger in der Zeitung.» Besonders freut ihn, dass mit Vania Alleva eine starke Frau an der Spitze der grössten Gewerkschaft steht. Wenn ihm etwas Sorgen bereitet, so ist es das schmale Reservoir an Personen, die gewerkschaftspolitisch talentiert sind und gleichzeitig auch Führungsverantwortung übernehmen können. «Nur eine dieser Qualitäten zu haben reicht in einem komplexen Laden wie der Unia eben nicht aus.»

MARX UND REBBERG. Jetzt steht Rieger nicht mehr auf der Lohnliste der Unia. Er wird aber noch einzelne Aufträge erledigen. Sein Rückzug geschehe «schrittweise», sagt er. Nur noch spazieren gehen oder im Rebbegg am Walensee, den er von der Mutter geerbt hat, Blattläuse bekämpfen will er nicht. Trotzdem freut er sich auf mehr Freizeit, mehr Lesen, mehr Reisen zusammen mit seiner Frau, zum Beispiel nach Apulien oder Lateiname-

rika. Das Filmfestival von Locarno hat er kürzlich mit dem Wochenpass besucht. «Wie Ruth Dreifuss auch», berichtet er schmunzelnd.

Andreas Rieger wird weiterhin als work-Kolumnist zu lesen sein («Riegers Europa», Seite 6). An wichtigen Themen will er dranbleiben. Da ist zum Beispiel die Mindestlohnpolitik. Unlängst hat er im linken deutschen Magazin «Sozialismus» einen Aufsatz publiziert. Darin diagnostiziert er in Europa einen «Frühling der Mindestlöhne». Er fordert, dass die Staaten mit der Festsetzung von ausreichenden Mindestlöhnen nicht nur Armut und Niedriglöhne bekämpfen, sondern auch die Tarifsysteme stärken. Besonders die «Troika-Linie» gehöre auf den Misthaufen der Geschichte. Damit meint er die finanzielle Unterdrückung von Südeuropa durch die EU. Sie hat in Griechenland, Portugal und Spanien, aber auch in Irland zu unwürdigen Tief- und zur Verarmung von ganzen Bevölkerungsteilen geführt.

Und dann will Rieger die schweizerischen Arbeitgeber und ihre Organisationen ins Visier nehmen. Er habe sich vorgenommen, die Bedeutung der Wirtschaftsverbände zu untersuchen, verrät er. «Das ist auch eine Geschichte der Macht in unserer Gesellschaft.» Da blitzt bereits wieder der Analytiker und Stratege auf. Denn es ist nicht anzunehmen, dass seine Erkenntnisse zwischen Buchdeckeln bleiben werden. Als Linker kennt Rieger seinen Marx: Man soll die Welt nicht nur interpretieren. Es kommt darauf an, sie zu verändern.



EIN MANN IM UNRUHESTAND: Der frühere Unia-Chef legt auch im AHV-Alter seine Hände nicht in den Schoss. Andreas Rieger, 65, betätigt sich weiterhin als linker Vordenker, gewerkschaftlicher Impulsgeber und Publizist.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **Fax** 031 350 24 55. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia d'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Endo Anaconda, Jörg Becher, Sina Bühler, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Daniel Lampart, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel. **Korrektorat** Urs Remund. **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Cebecco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.